

III. Zwischen Stand und Klasse

A. Der Bauernstand. Organisationsbildung und Standeskonsolidierung

von

Ernst Bruckmüller

1. Verfall oder Konsolidierung?

Die Bauernschaft wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend als wesentliche konservative gesellschaftliche Kraft interpretiert. Wilhelm Heinrich Riehl hat sie schon 1851 neben der Aristokratie zu den „Mächten des socialen Beharrens“ gezählt¹. Diese konservative Macht erschien durch das Vordringen kapitalistischer Produktionsweisen ebenso erschüttert wie durch den modernen Beamtenstaat und die neuen Gemeindeverfassungen mit ihrer Einheitsgemeinde in Stadt und Land. Dazu kam die wachsende Besitzersplitterung und Verschuldung. Der „Bauernstand“ schien seiner Auflösung entgegen zu gehen. Nun hat Riehl selbst darauf hingewiesen, dass der bäuerliche Konservatismus sich immer nur auf eine bestimmte Region, eine Talschaft, ein Dorf oder eine Pfarre bezog, niemals auf Großregionen, Staaten oder gar die (deutsche) Nation. Es gab also den „Bauernstand“ als überregional integrierte Größe nicht, hingegen eine ungeheure Zahl bäuerlicher, miteinander kaum bis gar nicht verbundener Gemeinschaften. Den Zeichen der Desintegration und des Verfalls lassen sich aber nicht wenige Indikatoren für Konsolidierung und Stabilisierung entgegensetzen: Durch das Ende des Feudalismus verstärkte sich die Position der Bauern in der ländlichen Bevölkerung. Die autonome Gemeinde wurde zwar häufig als lästige Verpflichtung empfunden, bot aber doch Gestaltungsmöglichkeiten. Der Rückgang an nichtagrarischen Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande führte zwar zu Einkommenseinbußen, aber gleichzeitig zu einer verstärkten Abhängigkeit der unterbäuerlichen Schichten von den jetzt einzigen Arbeitgebern, den besitzenden Bauern. Die bäuerlichen Haushalte wurden durch die Einbeziehung von mehr Dienstboten (als Folge der Agrarrevolution) größer. Die gute Agrarkonjunktur von etwa 1830 bis um 1875 tat ein Übriges. Dennoch: Eine überregionale Standesbildung, ausgedrückt in organisatorischer und politischer Mobilisierung fand auch jetzt nicht statt. Sie

¹ WILHELM HEINRICH RIEHL, Die bürgerliche Gesellschaft (= Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik 2, Stuttgart – Tübingen 1851) 33–115.

erfolgte erst – und dies ist die Hauptthese dieses Beitrages – durch die Agrarkrise. Das erste Vorspiel einer politischen Mobilisierung hatte jedoch schon das Jahr 1848 geboten.

Vorspiel: Das Revolutionsjahr

Die erste „moderne“ politische Betätigung von Bauern – von früheren Protesten und Aufständen sehen wir hier ab – war im Revolutionsjahr 1848 zu beobachten. Dabei hatten politische Proteste und Begehren von Bauern zu Beginn der Revolution noch durchaus traditionellen Charakter: im Frühjahr 1848 wurden Schlösser gestürmt und Archive vernichtet². Fast überall stellten die Bauern die Abgaben und Zahlungen an die Grundherren ein. Aber bald kam die Anforderung dazu, sich an Wahlen zu Vertretungskörpern zu beteiligen. Und das war in der Tat eine historisch erstmalige Erscheinung. Die zu ihrer Vorbereitung und Durchführung nötigen Versammlungen boten der Landbevölkerung erstmals die Möglichkeit, legale kollektive Ausdrucksformen für ihre Wünsche und Beschwerden zu entwickeln. In manchen habsburgischen Ländern gab es zwei, in anderen sogar drei solcher Wahlgänge: für die Frankfurter Nationalversammlung, für den Wiener konstituierenden Reichstag und (nicht überall) für den jeweiligen Landtag³. Damit konnten sich auch erstmals gewisse Routinen des modernen politischen Lebens entwickeln.

Die Wahlen in den Landgemeinden waren indirekt, die (meist bäuerlichen) Urwähler konnten also – meist im Gemeinderahmen – nur Wahlmänner wählen, welche sich auf der etwas weiteren Ebene eines Wahlbezirkes dann für einen Abgeordneten entscheiden mussten. Dabei entfiel ein Wahlmann auf 500 Urwähler. Wieder wurden alte Muster sichtbar, aber auch Misstrauen in die modernen Verfahren: Manche Bauern sagten, sie brauchten nicht zu wählen, ihr Abgeordneter sei der Kaiser; andere wollten zur Kontrolle der gewählten Deputierten zusätzliche Leute nach Wien schicken⁴. Während in einigen Ländern praktisch keine Bauern gewählt wurden, entsandten andere, wie Galizien, zahlreiche Bauernabgeordnete. Insgesamt waren im österreichischen Reichstag von den 383

² So das in Unterkrain gelegene Schloss Thurn am Hart (Turnska Graščina; *Šrajbarski turn*) des Grafen Anton Auersperg, besser bekannt unter seinem literarischen Pseudonym Anastasius Grün. Der feinsinnige Dichter war ein guter Ökonom und trieb die Herrschaftsforderungen von seinen untertänigen Bauern mit aller Genauigkeit und Strenge ein, vgl. STANE GRANDA, Dolenjska v revolucionarnem letu 1848/49 [Unterkrain im Revolutionsjahr 1848/49] (Novo mesto 1995); ROMAN ROSDOLSKI, Die Bauernabgeordneten im konstituierenden österreichischen Reichstag 1848–1849. Mit einer Einleitung von EDUARD MÄRZ (= Materialien zur Arbeiterbewegung 5, Wien 1976) 19, berichtete von mehreren gewaltsamen bäuerlichen Übergriffen vor allem in Unterkrain.

³ Zu den Wahlen zum Wiener Reichstag vgl. in erster Linie ROSDOLSKY, Die Bauernabgeordneten; als sehr genaue Fallstudie für ein einziges Land THOMAS STOCKINGER, Die Wahlen zum konstituierenden Reichstag von 1848 in den ländlichen Wahlbezirken Niederösterreichs; in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich, Neue Folge 69–71 (2003–2005 [2007]) 1–170; zu den Landtagen noch immer KARL HUGELMANN, Die österreichischen Landtage im Jahre 1848; in: Archiv für Österreichische Geschichte 111/1 (1930) 3–429, 114/1 (1938) 17–288, 115/1 (1940) 5–329; zu den Frankfurter Wahlen in den österreichischen Ländern des Deutschen Bundes vgl. HERMANN IBLER, Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung in Österreich 1848 (mit besonderer Berücksichtigung der Steiermark); in: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung 48 (1934) 103–112.

⁴ ROSDOLSKY, Die Bauernabgeordneten 46 ff.

Abgeordneten 93, also 24% Bauern! Die meisten von ihnen (35) kamen aus Galizien, 13 aus Oberösterreich, 12 aus Niederösterreich, zehn aus Böhmen, acht aus Mähren, sieben aus der Bukowina, sechs aus Kärnten und Krain, nur zwei aus der Steiermark, keiner aus dem Westen. Diese Bauernabgeordneten hatten nur ein Ziel: das Ende der feudalen Abhängigkeit, das Ende von Zehent und Robot, und zwar ohne Entschädigungen für die Grundherren. Sie beteiligten sich daher auch lebhaft an den Debatten des Reichstages über den berühmten Antrag Kudlich vom 24. Juli 1848 über die Aufhebung des Untertänigkeits-Verhältnisses. Nach einer Reihe etwas chaotischer Abstimmungen kam Ende August das entsprechende Gesetz zustande, freilich sah es „billige“ Entschädigungszahlungen an die Grundherren vor⁵. Auf dieser Grundlage erließ die Regierung mit Datum 4. März 1849 die endgültige Regelung über die Grundentlastung. Ob das danach stark gesunkene Interesse der Bauern an der Revolution auf das Erreichen ihrer Ziele oder aber – im Gegenteil – auf das Nichterreichen der entschädigungslosen Grundentlastung zurückzuführen ist, wird seither diskutiert⁶.

Mit der Schließung des Reichstages (7. März 1849) war diese erste Phase politischer Mobilisierung der Bauernschaft auf überregionaler Ebene wieder zu Ende. Allerdings wurde durch das provisorische Gemeindegesetz (ebenfalls vom 4. März 1849) eine neue Ebene zwar nicht von Politik, aber von Selbstverwaltung geschaffen: die Gemeinde. Hier hatten fürderhin Gemeindevertretungen und -vorstände zu agieren, es gab ein gewisses Maß an Autonomie, es wurden den Gemeinden aber auch zahlreiche unangenehme öffentliche Aufgaben übertragen⁷. Die 1849 eingeführte Gemeindegeldverwaltung wurde daher vielfach nicht so sehr als Chance für autonomes Handeln, sondern vielmehr als Belastung gesehen⁸.

Börsenkrach, Agrarkrise und das Fiasko des Liberalismus

Im achten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts änderte sich die wirtschaftliche Lage ebenso wie die politische. Die Börsenkrise von 1873 diskreditierte den von Korruptionsvor-

⁵ ERNST BRUCKMÜLLER, „Kein Zehent, kein Robot mehr!“ Die Bauern, der Reichstag und die Grundentlastung; in: DERS., WOLFGANG HÄUSLER (Hgg.), 1848. Revolution in Österreich (= Schriften des Instituts für Österreichkunde 62, Wien 1999) 89–127.

⁶ ROSDOLSKY, Die Bauernabgeordneten, stellt resümierend fest, das Nachlassen des bäuerlichen Engagements für die Revolution sei eine Folge der inkonsequenten Haltung der Linken gewesen, die sich eben nicht klar und eindeutig zu einer entschädigungslosen Grundentlastung bekannt haben (auch Kudlich selbst tat dies viel zu spät). Die traditionelle Revolutionsgeschichtsschreibung vertritt den gegenteiligen Standpunkt: Die Bauern hätten erreicht, was sie wollten, und engagierten sich daher nicht mehr im Sinne der Revolution.

⁷ Jiří KLABOUCH, Die Lokalverwaltung in Cisleithanien; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 II: Verwaltung und Rechtswesen (Wien 1975) 270–305, zur Gemeindeverwaltung 282–287; PETER URBANITSCH, Die Gemeindevertretungen in Cisleithanien; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus. Die regionalen Repräsentativkörperschaften (Wien 2000) 2199–2281.

⁸ HANNS HAAS, Das liberale Zeitalter; in: HEINZ DOPSCH, HANS SPATZENEGGER (Hg.), Geschichte Salzburgs. Stadt und Land II/2: Neuzeit und Zeitgeschichte (Salzburg 1988) 805 ff. (unter dem bezeichnenden Zwischentitel „Der Liberalismus überfordert das Land“).

würfen gezeichneten Liberalismus und löste eine langwierige Wirtschaftskrise aus, die das Vertrauen in die Lösungskapazität der freien Marktwirtschaft nachhaltig erschütterte⁹. 1879 kehrten die Tschechen wieder in den Wiener Reichsrat zurück, den sie seit 1863 boykottiert hatten. Damit wurde im Parlament eine Mehrheit jenseits des deutschen, zentralistischen Liberalismus möglich, die sich zum Entsetzen der Deutschliberalen als „Eiserner Ring“ föderalistischer slawischer und deutsch-konservativer Parteien auch tatsächlich realisierte¹⁰. Und genau in diesen Jahren sanken erstmals die Getreidepreise deutlich – die Agrarkrise setzte voll ein¹¹.

Bäuerliche Forderungen waren bisher von der großen Politik kaum bis gar nicht wahrgenommen worden. Der Versuch des niederösterreichischen Bauernagitors Josef Steininger aus der großen Weinbaugemeinde Langenlois bei Krems, auf die bereits seit den sechziger Jahren spürbare Not der kleinen Weinbauern hinzuweisen, führte zwar zu einigen „Bauerntagen“ und 1884 zu einem „Österreichischen Bauernbund Mittelstraße“, aber dieser erreichte weder Wahlerfolge noch Konstanz, Steininger endete als Sozialfall¹². Tatsächlich spürten gerade die Bauern im niederösterreichischen Zentralgebiet um Wien schon früh Krisensymptome: Mit der Donaudampfschiffahrt (seit 1829) und der Eisenbahn kam billiges ungarisches Getreide massenhaft ins Land, ebenso ungarisches Schlachtvieh, dem niederösterreichischen Wein machte der ungarische scharfe Konkurrenz, fast noch mehr jedoch die Erfindung des untergärigen, haltbaren und damit ganzjährig billig zur Verfügung stehenden Bieres¹³.

In der großen Agrarkrise der achtziger und neunziger Jahre sind erhebliche regionale Unterschiede zu beobachten: So litten die Bauern der eigentlichen Alpenländer nicht unter der Getreidekrise, da sie zwar bis in großen Höhen Getreide anbauten, aber fast nur für den eigenen Bedarf. Eigentlich hätten sie von sinkenden Getreidepreisen durch die Steigerung der Nachfrage nach Fleisch und Milchprodukten profitieren müssen (ab 1888 stiegen die Preise für Schlachtvieh in Wien kontinuierlich an). Da aber Länder wie Tirol

⁹ HERBERT MATIS, Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I: Die wirtschaftliche Entwicklung* (Wien 1973) 45 ff.; HELMUT RUMPLER, *Parlament und Regierung Cisleithaniens 1867 bis 1914*; in: DERS., PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/1: Verfassung und Parlamentarismus. Verfassungsrecht, Verfassungswirklichkeit, zentrale Repräsentativkörperschaften* (Wien 2000) 727–732.

¹⁰ EBD. 743–780; LOTHAR HÖBELT, *Parteien und Fraktionen im cisleithanischen Reichsrat*; in: EBD. 928–942; WILLIAM A. JENKS, *Austria under the Iron Ring 1879–1893* (Charlottesville, VA. 1965).

¹¹ Die Agrarkrise in der Monarchie bei KARL DINKLAGE, *Die landwirtschaftliche Entwicklung*; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 I*, insbes. 419 (*Entwicklung der Getreidepreise in Böhmen: 1871/75 = 100, 1876/1880 = 91 bis 98, je nach Getreidesorte, 1881/1885 = 79 bis 91, 1891/1895 = 66 bis 81*); Dinklage zitiert hier JAN HAVRÁNEK, *Die ökonomische und politische Lage in den böhmischen Ländern in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts*; in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte II* (1966) 107.

¹² HERMANN RIEPL, *Die politische Agitation des Weinbauers und Redakteurs Josef Steininger als Folge der Weinbaukrise in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*; in: HELMUTH FEIGL, WILLIBALD ROSNER (Hgg.), *Probleme des niederösterreichischen Weinbaus in Vergangenheit und Gegenwart (= Studien und Forschungen aus dem niederösterreichischen Institut für Landeskunde 13, Wien 1990) 141–160.*

¹³ F. W. HOFMANN, *Ueber den Fortschritt in dem Betriebe der Bodencultur in Nieder-Oesterreich in den Jahren 1848–1868*; in: *Jahrbuch für Landeskunde von Nieder-Oesterreich 2* (1868–1869) 267–298.

oder Salzburg ihr Jungvieh in erster Linie nach Süddeutschland exportierten, wurden jene von der immer restriktiver werdenden deutschen Agrarhandelspolitik getroffen¹⁴.

Die Reaktionen auf die Krise waren vielfältig. In nicht wenigen Fällen begegnet bei marktorientierten Landwirten, Gutsbetrieben oder größeren Bauern, eine Umorientierung Richtung Viehwirtschaft. Auch der Anbau der Zuckerrübe dehnte sich weiter aus. In einer nur wenig späteren Phase bekam die systematische Vermarktung von Milch eine wachsende Bedeutung. Bessere Ausbildung der Bauern und die Subventionierung ertragreicherer Rinder- oder Pferderassen gehörten zum traditionellen, jedoch nunmehr verstärkt eingesetzten Inventar der Landwirtschaftspolitik (seit 1868 existierte ein eigenes Ackerbauministerium in Wien). Man muss freilich darauf hinweisen, dass nach den Kompetenzartikeln der österreichischen Verfassung von 1861/67 die Förderung der Agrikultur Sache der Länder, nicht eine des Gesamtstaates war – anders als in Ungarn, wo die Landwirtschaftskompetenz einzig und allein bei Regierung und Parlament in Budapest lag¹⁵. Die österreichischen Länder waren aber, mit wenigen Ausnahmen wie Böhmen, materiell nicht in der Lage, Landwirtschaftsförderung in großem Stile zu betreiben. Sie unterhielten meist einige Wanderlehrer und einige Landwirtschaftsschulen, die aber – ebenso wie die Hochschule für Bodenkultur in Wien – nur der Ausbildung von Gutspersonal dienten, für die bäuerliche Jugend gab es einen landwirtschaftlichen Fortbildungsunterricht nach der Pflichtschule, aber auch der wurde nur wenig frequentiert¹⁶. Daneben ließen sich die Behörden von den Landwirtschaftsgesellschaften ihrer Länder statistisches Material zur Bodenkultur zusammenstellen, wie überhaupt diese meist recht exklusiven Vereine auch quasi als Interessenvertretung der Landwirtschaft angesehen wurden. Diese Konstellation wurde von den Konservativen und von Teilen der Bauernschaft zunehmend als Problem empfunden, weshalb einige der Forderungen der Agrarreformer eben auch zentral das Organisationswesen betrafen.

Die „Agrarreform“ war eine Tochter der Krise: Rasch steigende Verschuldung und Zwangsversteigerungen galten als mahnendes Zeichen für den nahen Ruin der Bauernschaft. Auch im Großgrundbesitz gab es Alarmzeichen. So ging in Galizien der mittlere Großgrundbesitz deutlich zurück und verfiel zunehmend der Parzellierung. Viele Aristokraten leiteten ihre Betriebe nicht mehr selbst, sondern verpachteten die Güter.

¹⁴ ERNST BRUCKMÜLLER, Wirtschaftsentwicklung und politisches Verhalten der agrarischen Bevölkerung in Österreich 1867–1914; in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 59 (1972) 489–529. Zur Situation in den Alpenländern vgl. CARL PAYR, Die Ursachen der wirtschaftlichen Bedrängnisse des Bauernstandes in den österreichischen Alpenländern und insbesondere in Tirol und Vorarlberg (Innsbruck 1895); CARL VON GRABMAYR, Schuldnoth und Agrar-Reform. Eine agrarpolitische Skizze mit besonderer Berücksichtigung Tirols (Meran 1894).

¹⁵ GEORG SCHMITZ, Organe und Arbeitsweise, Strukturen und Leistungen der Landesvertretungen; in: RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2, 1393–1425.

¹⁶ ALBIN BRÁF, Artikel Land- und forstwirtschaftliches Unterrichtswesen; in: ERNST MISCHLER, JOSEF ULBRICH (Hgg.), Österreichisches Staatswörterbuch. Handbuch des gesamten österreichischen öffentlichen Rechtes III (Wien 21907) 443 ff. Der eifrig publizierende Professor für Nationalökonomie und Statistik an der tschechischen Universität Prag, Schwiegersohn von František Ladislav Rieger, war 1908 und 1911/12 auch österreichischer Ackerbauminister, vgl. FERDINAND OTT, WALTER WIESER, Die k. k. Ackerbauminister und die Landwirtschaftsminister der Republik; in: 100 JAHRE LANDWIRTSCHAFTSMINISTERIUM. Eine Festschrift, herausgegeben vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft (Wien 1967) 80 f.

Allerdings gingen die Meinungen stark auseinander, was die Zielsetzung der Reformen betraf. Konservative Agrarreformer wünschten sich – als Folge der Krise und der starken Überschuldung – eine erneute Sicherung der Existenz der vorhandenen Mittel- und Kleinbauern, die Liberalen die endgültige Durchsetzung der unternehmerischen Freiheit, und die wenigen Befürworter der Landarbeiter und landarmen Kleinbauern und Pächter forderten eine Lösung für deren Probleme. Da sich nach dem Ende der liberalen Vorherrschaft 1879 eine weitere Verwirklichung liberaler Forderungen als untunlich erwies, hatten die Verfechter moderat konservativer (oder konservierender) Vorstellungen eher Chancen auf Verwirklichung ihrer Vorstellungen.

Angesichts der fortschreitenden Verschuldung, hauptsächlich als Folge der steigenden Verpflichtungen aus Erbfällen, wurde die Forderung nach Wiedereinführung des verpflichtenden Anerbenrechtes zu einer der zentralen Forderungen der konservativen Reformen. Diese Forderung wurde in einer zweifach abgeschwächten Form 1889 verwirklicht: einmal als Reichs-Rahmengesetz, das zu seinem Inkrafttreten entsprechender Landesgesetze bedurfte (sie kamen in Kärnten und Tirol zustande), und zum zweiten als Intestat-Anerbenrecht, d.h. nur wenn kein gültiges Testament etwas anderes aussagte, trat das Anerbenrecht in Kraft. Ebenfalls mit dem Verschuldungsproblem hängt die Forderung nach Förderung von Darlehensvereinen bzw. Kreditgenossenschaften zusammen. Diese wurde etwa ab 1886, durch die Unterstützung von solchen Gründungen seitens der Länder, aber auch des Staates, umgesetzt. Auf eine Idee des Freiherrn Karl von Vogelsang dürfte jene Gesetzesvorlage zurückgehen, die die verpflichtende Schaffung von Genossenschaften bäuerlicher Betriebsleiter im Gemeinde- oder Ortsrahmen vorsah, wobei diese Genossenschaften nicht nur ökonomische Funktionen wahrnehmen, sondern auch die Kreditproblematik ihrer Mitglieder lösen sollten. Gleichzeitig sollten sie auch die Basis für eine allgemeine Interessenvertretung der Landwirtschaft auf Landes- und Staatsebene abgeben. Als das entsprechende Reichs-Rahmengesetz endlich 1902 verabschiedet wurde, hatte man ihm während der jahrelangen Debatten alle Zähne gezogen, so dass nicht mehr viel davon übrig blieb. Es wurde auch nirgends umgesetzt¹⁷. Immerhin sollten die in einigen Ländern eingerichteten „Landeskulturräte“ an Stelle der traditionsreichen Landwirtschaftsgesellschaften die engeren bäuerlichen Interessen besser vertreten.

2. Landwirtschaftsgesellschaften, Spezial- und Fachvereine, Ortsvereine (Kasinos) und Landeskulturräte

Die zutiefst „bürgerliche“ Form des Vereins hatte in der Landwirtschaft bis 1848 in Form der Ackerbau- oder Landwirtschaftsgesellschaften bzw. „patriotisch-ökonomischen“

¹⁷ WALTER SCHIFF, Grundriß des Agrarrechts mit Einschließung des Jagd- und Fischereirechts (Leipzig 1903) 114 f.; MORIZ ERTL, Versuche einer Agrarreform in Österreich; in: GESCHICHTE DER ÖSTERREICHISCHEN LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT UND IHRER INDUSTRIEN 1848–1898. Festschrift zur Feier der am 2. December 1898 erfolgten fünfzigjährigen Wiederkehr der Thronbesteigung Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph I. I/1 (Wien 1898) 487–511.

Gesellschaften bereits Eingang gefunden¹⁸. Ihr Einzugsgebiet reichte nirgends über ein Kronland hinaus. Meist standen sie bis 1848 in enger Verbindung mit den Ständen des jeweiligen Landes. Weltliche und geistliche, meist landständische Grundherren stellten auch einen erheblichen Teil der Mitglieder. Daneben sah man dort Landwirtschaftsfachleute sowie unternehmerische, marktorientierte bürgerliche Gutsbesitzer mit Interesse für ökonomische und technische Novitäten. Auf das bäuerliche Publikum wollte man zwar durch Publikationen (Kalender), Belehrung und Beispiel einwirken, bäuerliche Mitglieder aber kamen nur vereinzelt vor, mit Ausnahme der Steiermark. Nach der (Wieder-)Errichtung eines Ackerbauministeriums im Dezember 1867 wurden diese Organisationen mit Aufgaben bei der Erstellung der Landwirtschaftsstatistik sowie bei der Verteilung der ohnehin sehr bescheidenen Subventionen betraut.

Dagegen regte sich bald Widerstand. Da diese Organisationen auch politisch eher liberal orientiert waren, waren sie den bäuerlichen Forderungen nach Reduktion der Schulpflicht etc. abhold. In den Alpenländern forderten die Konservativen einen anderen Organisationstypus, der durch die Konzentration der Mitgliedschaft auf landwirtschaftliche Betriebsleiter das liberale Element geschwächt hätte¹⁹. Die Landeskulturräte, die auch tatsächlich eingerichtet wurden, funktionierten nach drei verschiedenen Modellen. Der älteste Landeskulturrat, jener für das Königreich Böhmen, wurde nach der Auflösung der altehrwürdigen Landwirtschaftsgesellschaft (1872), die sich durch ihr Engagement für das „böhmische Staatsrecht“ bei der deutschliberalen Regierung missliebig gemacht hatte, 1879 bzw. 1880 eingerichtet und verkörpert das erste Modell, bei welchem der Landeskulturrat durch die Entsendung von Delegierten der wahlberechtigten Vereine gebildet wurde. Entsprechend der in einem Bezirk vorherrschenden Nationalität (deutsch oder tschechisch) wählten die Vereine ihre Delegierten in die deutsche oder tschechische Sektion des Landeskulturrates. Wahlberechtigt waren alle jene Vereine, welche „[...] statutengemäß zur Förderung der Landeskultur oder eines Zweiges derselben oder einer landwirtschaftlichen Industrie berufen“ waren, mindestens ein Jahr bestanden und mindestens 30 Mitglieder hatten. Beide Sektionen arbeiteten völlig getrennt voneinander, auch wenn es ein Zentralkollegium gab. In die Ausschüsse der beiden Sektionen sowie in das zentrale Kollegium entsandten nicht nur die Vereine ihre Delegierten, sondern auch der Ackerbauminister, der Statthalter sowie der Landtag. Besonders wichtige landesweite Vereine konnten gegen Verzicht auf das Wahlrecht auch direkt Delegierte in die Delegiertenversammlung entsenden²⁰.

¹⁸ ERNST BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen und gesellschaftliche Modernisierung. Vereine, Genossenschaften und politische Mobilisierung der Landwirtschaft Österreichs vom Vormärz bis 1914 (= Geschichte und Sozialkunde 1 = Reihe „Forschungen“, Salzburg 1977) 42–185; zahlreiche Details in HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation (Wien 2006).

¹⁹ SCHMITZ, Organe und Arbeitsweise, fasst auf den Seiten 1398 bis 1404 die agrarischen Förderungsmaßnahmen der cisleithanischen Länder vergleichend zusammen.

²⁰ MORIZ ERTL, Artikel Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften; in: MISCHLER, ULBRICH (Hgg.), Österreichisches Staatswörterbuch III 463 f.

Dieses Modell eines Landeskulturrates ging also von einem dichten Organisationsnetz aus, wie es in den böhmischen Ländern, Böhmen, Mähren und Schlesien bereits bestand. Schon in den fünfziger Jahren waren Filialvereine der Gesellschaft entstanden, in die auch Bauern aufgenommen wurden (z.B. 70 Bauern in der Filiale Jungbunzlau (Mladá Boleslav; *Mladá Boleslav*), was dort zur Übernahme der tschechischen Verhandlungssprache führte)²¹. Nach 1867 entstanden landwirtschaftliche Vereine auch ohne den Schutzmantel der „Patriotisch-ökonomischen Gesellschaft“. 1884 gab es schon 514 Vereine, als deren Dach der Landeskulturrat galt. Begünstigt wurde die rasche Vereinsentwicklung durch die hochgradige Marktorientierung und damit Kommerzialisierung der Landwirtschaft dieser Regionen. Auch die nationale Konkurrenzsituation wirkte beflügelnd: Wenn es ein lebendiges deutsches Vereinswesen gab, ließ das die Tschechen nicht ruhen und umgekehrt. Die tschechische Agrarbewegung hatte ihr Zentrum in den fruchtbaren Zuckerrübengebieten Mittelböhmens mit einer ausgesprochen marktorientierten Landwirtschaft. Sie war daher liberal und hatte keinerlei Interesse an den konservativen Bauernschutzmaßnahmen, die in den achtziger Jahren diskutiert wurden, wollte auch keine konservative Wende in der Schulgesetzgebung. Daher war die politische Heimat dieser Bewegung (bis zu ihrer parteipolitischen Verselbstständigung) die Jungtschechische Partei²². Im Jahr 1884 traten aber die deutschböhmischen Vereine aus dem Landeskulturrat aus und schufen 1886 einen eigenen Dachverband, den „Deutschen landwirtschaftlichen Centralverband für Böhmen“; 1889 entstand auch eine selbstständige tschechische Dachorganisation, der „Selská jednota pro království České“ [Bauernbund für das Königreich Böhmen]. – Nach dem Modell des böhmischen Landeskulturrates wurden analoge Organisationsformen auch in Mähren (1897) und später in Niederösterreich (1905) eingerichtet²³.

Das zweite Modell wurde erstmals 1881 in Tirol verwirklicht, 1884 folgten Istrien und Dalmatien, 1886 Oberösterreich. Ebenso wie in Böhmen bestand der Tiroler Landeskulturrat aus zwei Sektionen, einer in Innsbruck für das Gebiet mit überwiegend deutscher, der zweiten in Trient (Trento; *Trento*) für das Gebiet mit dominant italienischer Bevölkerung²⁴. Die Basis für diesen Typus eines Landeskulturrates bildeten nicht die Vereine, sondern eine neue Organisationsform, die Bezirksgenossenschaften der Landwirte. Das waren freie Vereine, in die nur Eigentümer oder Pächter eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes eintreten konnten. Sie hatten für ihren jeweiligen Bezirk an der Feststellung bzw. Verteilung von Staats- und Landessubventionen mitzuwirken,

²¹ Jiří POKORNÝ, Vereine und Parteien in Böhmen; in: RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1, 616.

²² EBD. 644 f.; vgl. auch PETER HEUMOS, Agrarische Interessen und nationale Politik in Böhmen 1848–1889. Sozialökonomische und organisatorische Entstehungsbedingungen der tschechischen Bauernbewegung (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 11, Wiesbaden 1979).

²³ Zu Niederösterreich vgl. LEOPOLD GREIL, 10 Jahre Niederösterreichische Bauernkammer (Wien 1932) 29–32; JOSEF HÄUSLER, 1807–1932. Festschrift 125 Jahre österreichische Land- und Forstwirtschaftsgesellschaft in Wien. Jahrbuch 1931 und 1932 (Wien 1933) 124 f.

²⁴ MAXIMILIAN RITTER VON MERSI, La Sezione di Trento del Consiglio provinciale d'Agricoltura per il Tirolo e le Istituzioni di essa emanate [Die Section Trient des Landesculturrathes für Tirol und die von ihr ins Leben gerufenen Einrichtungen]; in: LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT 1848–1898 Supplementband 1, 422–437.

die Landwirtschaft und insbesondere das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu fördern ebenso wie Meliorationen und den landwirtschaftlichen Unterricht, außerdem entsandten sie Delegierte in ihre jeweilige Sektion des Landeskulturrates. Während in Oberösterreich und Tirol mit jeweils 43 bzw. 73 Bezirksgenossenschaften und etwas mehr als 4.000 (Oberösterreich) bzw. mehr als 13.000 Mitgliedern (Tirol) das Modell offenbar Anklang fand, entwickelten sich die Ansätze im Süden nur langsam weiter. Um 1890 existierten in Istrien 17 Genossenschaften mit etwa 1.000 Mitgliedern, in Dalmatien gerade zwei mit stolzen 28 Mitgliedern²⁵.

Anders verlief die Entwicklung in Kärnten (und dies ist das dritte Modell): Hier wurde die bestehende Landwirtschaftsgesellschaft mit ihren Gauvereinen 1911 mit etwa 10.000 Mitgliedern in einen Landeskulturrat umgewandelt – der private Verein erhielt damit einen offiziellen Charakter, ohne dass sich sonst sehr viel geändert hätte. Der Kärntner Vorgang entbehrte auch, angesichts der weitgehenden Übereinstimmung der deutsch-liberalen Landtagsmehrheit mit den führenden Persönlichkeiten der Landwirtschaftsgesellschaft, jeden Anscheins einer politischen Aktion gegen eine politische Minderheit. Dass auf die slowenische nationale Minderheit dabei irgendeine Rücksicht genommen würde, war bei den geltenden Mehrheitsverhältnissen von vornherein nicht anzunehmen²⁶.

Doch zurück zu den „klassischen“ Vereinen. Neben und aus den noblen landesweiten Gesellschaften erwuchsen schon im Vormärz die ersten Spezialvereine, von denen hier nur der in Wien beheimateten „Gartenbaugesellschaft“ und des 1852 gegründeten „Forstvereins“ gedacht werden soll²⁷. Örtliche Spezialvereine, Wein- und Obstbauvereine sowie Pferde- und Viehzuchtvereine entstanden in der zweiten Jahrhunderthälfte in immer größerer Zahl.

Tabelle 75: QUANTITATIVE ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFTSGESELLSCHAFTEN UND REGIONALVEREINE IN CISLEITHANIEN

Land	Vereins-Typus	1856		1875		1886		1898		1912	
		Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.
NÖ	Landwirtschaftsgesellschaft	1	1.101	1	906	1	621	1	544	1	610
	Bez.verein	35		53	8.177	48	8.499	55	11.802	61	13.505
	Selbstständige Vereine			2	1.916	5	2.666	10	944		
	Kasinos					89	3.860	771	43.755	824	50.361
OÖ	Landwirtschaftsgesellschaft	1	860	1	6.575	1		1	65	1	72
	Bez.verein			38		41	4.712	34	3.355	44	4.416
	Kasinos							1	62	2	64

²⁵ ERTL, Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften 621 ff.

²⁶ DINKLAGE, Entwicklung 453, 457 f.; DERS., Geschichte der Kärntner Landwirtschaft; in: DERS., KONRAD ERKER, FRANZ KOSCHIER, HELMUT PRASCH, Geschichte der Kärntner Landwirtschaft und der bäuerlichen Volkskunde in Kärnten (Klagenfurt 1966) 17–339.

²⁷ Zum Reichsforstverein vgl. LUWIG DIMITZ, Die Forstvereine; in: LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT 1848–1898 IV 462–471; zur bereits 1837 gegründeten Gartenbaugesellschaft vgl. WILHELM LAUCHE, GÜNTHER BECK VON MANAGETTA, Österreichs Garten- und Gemüsebau 1848 bis 1898; in: EBD. II 429.

		1856		1875		1886		1898		1912	
Land	Vereins-Typus	Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.	Anzahl	Mitgl.
Salzburg	Landwirtschaftsgesellschaft	1		1		1		1		1	1.025
	Filialen	19	800	19	1.272	22	1.186	54	4.258	94	7.632
Steiermark	Landwirtschaftsgesellschaft	1		1		1		1		1	
	Filialen	45	4.554	56	3.686	61	3.219	65	3.697	135	16.835
	Selbstständige Vereine							8	460	12	598
	Kasinos etc.					2	70	21	1.066	40	2.374
Kärnten	Landwirtschaftsgesellschaft	1	804	1		1		1			
	Gauvereine			43	2.792	42	2.486	54	2.872		
Tirol	Hauptverein	1		4	2.914	3	1.130	2	600		
	Filiale Nord	1		33	4.530						
	Filiale Süd			27	2.096	2	774	4	161	8	362
	Kasinos etc.					3	239	4	102	37	4.062
Vorarlberg	Landwirtschaftsverein			1	1.532	1	1.109	1		1.490	
	Bez.verein							6			
Krain	Landwirtschaftsgesellschaft	1		1		1		1		1	1.854
	Filialen	21	740	26	821	27	696	89	4.066	154	8.378
Küstenland	Hauptverein	1		3	1.320	2	256	2	643	5	4.843
	Bez.verein			21	567	11	593	16	557	2	1.100
	Sonstige									4	424
Dalmatien	Landwirtschaftsgesellschaft	3									
	Regionalvereine	9	200	22	1.198	16	526	7	124		
Böhmen	Landesweite Vereine	1	532			1	563	2	2.134	10	106.168
	SelbstständigeVereine	18		99	10.225	240	37.850	566	84.418	1.682	80.000
	Besedas, Lesevereine, Kasinos					197	9.128	454	22.027	1.017	47.608
	Filialvereine	1	471			7	137	57	2.771	915	67.222
Mähren	Hauptgesellschaft	1		1	500	1	407	1	893	2	1.053
	Regionalvereine	4		35	8.123	55	12.771	132	32.322	120	39.938
	Kasinos etc.					19	777	75	5.504	17	790
Schlesien	Hauptgesellschaft			4	1.810	3	1.194	5	7.705	5	1.568
	Zweigvereine					3	325			392	21.070
	Kasinos etc.					13	498	181	8.700	32	2.273
Galizien	Hauptgesellschaft	2	291	2	1.890	3	1.877	3	2.607	5	4.356
	Filialvereine			29		34		40	1.276		10.084
	Gauvereine					326	11.496	1.296		2.273	77.872
	Bezirksvereine der Gauvereine									51	1.959
Bukowina	Vereine	1	220	2	182	1	115	5	552	1	285
	Kasinos									10	627

Quelle: ERNST BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen und gesellschaftliche Modernisierung. Vereine, Genossenschaften und politische Mobilisierung der Landwirtschaft Österreichs vom Vormärz bis 1914 (= Geschichte und Sozialkunde 1 = Reihe „Forschungen“, Salzburg 1977) 58 ff.

War 1857 die Steiermark das einzige Land, in dem die bäuerliche Bevölkerung grundsätzlich in das Organisationsnetz der Landwirtschaftsgesellschaft einbezogen war,

so waren 1912 alle Länder der westlichen Reichshälfte von einem dichten Netz von Vereinen verschiedenster Art überzogen, in denen einige hunderttausend Bauern organisiert waren. Noch viel dichter erschiene dieses Netz, würde man die hier nicht erfassten Genossenschaften und politischen Bauernvereine ebenfalls mitzählen.

Das dichteste Organisationsnetz hatten die böhmischen Länder, Böhmen, Mähren und Schlesien.²⁸ Bis 1912 hatte sich auch in Galizien das landwirtschaftliche Vereinswesen kräftig entwickelt und zählte immerhin schon mehr als 80.000 Mitglieder. Dagegen blieb die Verbreitung des Vereinswesens in der Bukowina sehr zurück – der zeitgenössische Beobachter sah „bei dem geringen Grade der Intelligenz der grossen Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung, sowie bei der misslichen finanziellen Lage derselben“ eben „keinen geeigneten Boden für das Vereinswesen“²⁹. Die einzige Ausnahme bot der „Landwirtschaftliche Bezirksverein Radautz“ (Radivci, Rädäuf; *Rädäufi*), in welchem die Wirtschaftsbeamten der dortigen k. k. Gestütsdirektion, einige Lehrer und Geistliche den Verein trugen und auch die Überzeugung von den Vorteilen des Vereinswesens der bäuerlichen Bevölkerung nahe bringen konnten.

Es waren also einige Voraussetzungen nötig, um der ländlichen Bevölkerung das städtisch-bürgerliche Vereins-Modell erfolgreich zu implantieren: ein gewisser Bildungsstand ebenso wie die Überzeugung, dass der Austausch von Wissen und Kenntnissen sinnvoll sei und dass die gemeinsame Formulierung und Diskussion von Problemen zielführend sein könne. Außerdem wurden über die Vereine Subventionen, vor allem neue Rassen von Zuchtvieh, günstig vermittelt, es gab Ausstellungen, Prämien, Preise, und damit erhielten diese Organisationen auch einen besseren sozialen Stellenwert. Aber: Das bürgerliche Vereins-Modell mit seiner Kombination von persönlichem und allgemeinem Nutzen löste die Schwierigkeiten der Bauern nur in begrenztem Maße.

3. Genossenschaften

In Zeiten des Preisverfalls schien die Schwierigkeit für den Bauern primär darin zu liegen, dass er mit seinem kleinen Angebot der konzentrierten Marktmacht des Landhandels (und der Produktenbörse) gegenüber stand. Wäre es da nicht sinnvoll, dieses zersplitterte Angebot zu konzentrieren, um auf diese Weise jener Macht etwas entgegen zu stellen? In besonderem Maße galt das für das Kreditproblem. Wenn die Bauern einer Gemeinde oder Pfarre sich zusammentaten und eine Kreditgenossenschaft bildeten, wäre auf der Basis unbeschränkter Haftung jede Sicherheit für Kredite an ihre Mitglieder gewonnen (so der preußische Bürgermeister Friedrich Wilhelm Raiffeisen). Gewisse Traditionen gemeinschaftlicher, genossenschaftlicher Arbeitsorganisation waren außerdem vorhanden, etwa in der Alpwirtschaft und in der gemeinsamen Käserei auf Gemeinde- oder Genossenschaftsalmen. Darauf brauchte man nur zurück zu greifen. Andererseits gab es eine bis ins 18. Jahrhundert zurück reichende und erst 1848 bzw. 1868 zum vollen

²⁸ POKORNÝ, Vereine und Parteien 616.

²⁹ ANTON ZACHAR, RUDOLF SPERLBAUER, Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft und ihrer Industrien sowie der Jagd- und Fischerei im Herzogthume Bukowina seit dem Jahre 1848; in: LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT 1848–1898 Supplementband 1/2, 79.

Durchbruch gelangte Tendenz der Auflösung von Gemeinbesitz (Gemeindewälder, gemeinsame Hutweiden).

Immerhin schuf der Staat 1873 mit dem Genossenschaftsgesetz einen entsprechenden rechtlichen Rahmen für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Um dieselbe Zeit wurde der Stand der alpinen genossenschaftlichen Milchverarbeitung systematisch erhoben³⁰. Das Ergebnis war – sieht man von Vorarlberg ab – nicht besonders ermutigend. Zu einer breiteren Umsetzung dieser genossenschaftlichen Planungen kam es erst seit den achtziger Jahren. Für einen knappen Überblick werden die verschiedenen Formen von Genossenschaften in der Folge unterschieden.

Kreditgenossenschaften

Als älteste Kreditgenossenschaften gelten die Kontributionsfondskassen. Sie waren eine Fortentwicklung der seit dem 18. Jahrhundert von Grundherrschaften freiwillig, seit Joseph II. (1788) verpflichtend eingerichteten Kontributionsgetreidefonds, die aus Getreidebeiträgen der Untertanen gespeist waren und eine gewisse Sicherheit bei Missernten bieten sollten. Aus deren Überschüssen wurden Kredite gewährt, so dass sich sowohl ein Geld- wie ein Getreidefonds bildeten. Nach 1848 gingen die Fonds auf die Gemeinden über, noch bestehende Getreidevorräte wurden verkauft, die Geldreserven wurden für Zwecke des Personalkredits der bäuerlichen Besitzer verwendet (Gesetze für Böhmen und Mähren 1863 und 1864). 1882 legte man sie zwangsweise zu Bezirksvorschusskassen zusammen. Die Kassen waren obligatorisch, die Anteile an den Kassen waren an landwirtschaftlichen Besitz gebunden³¹. Es ist anzunehmen, dass sich die Kontinuität dieser Institutionen für die besonders rasche landwirtschaftliche Entwicklung der böhmischen Länder nicht nur durch die Bereitstellung von Hypothekar- und Personalkrediten positiv auswirkte, sondern durch die Heranziehung von Führungspersonal auch bäuerliche Eliten an formale Erfordernisse der „Moderne“ wie Versammlungen, Wahlen, Vorstandsverantwortung, Kontrollorgane usw. gewöhnte. Neben den Bezirksvorschusskassen entstanden in Böhmen auch zahlreiche Vorschusskassen nach dem System Schulze-Delitzsch. Erst spät, ab etwa 1897, entstanden auch zahlreiche Kreditgenossenschaften nach dem System Raiffeisen. In den übrigen Ländern gab es jene älteren Organisationsformen nicht (abgesehen von so genannten „Bauernassekuranzen“, die kollektive Hilfe für den Brandschadensfall bereitstellten).

Die Neugründung von Kreditgenossenschaften nach dem System Raiffeisen wurde ab Mitte der achtziger Jahre von zahlreichen Landtagen massiv gefördert. In den Alpenländern entstanden die ersten dieser Genossenschaften in Rosswin (Razvanje; *Razvanje*) bei Marburg (Maribor; *Maribor*) (Steiermark) am 28. März 1886, und in Mühldorf bei Spitz in Niederösterreich (4. Dezember 1886)³². Diesen Gründungen waren jahrelange Diskussio-

³⁰ CARL GRAF BELRUPT, Österreichische Molkerei-Genossenschaften im Jahre 1874. Bericht der zu ihrer Besichtigung und Classification ernannten Commission (Wien 1875).

³¹ SCHIFF, Grundriß 109–112.

³² ANTON L. SCHULLER, 100 Jahre Raiffeisenbanken in Steiermark 1894–1994 (Graz 1994) 58–63.

nen und Kontakte mit Raiffeisen selbst, etwa seitens des Professors an der Hochschule für Bodenkultur und späteren Unterrichtsministers Gustav Marchet, vorausgegangen³³. Nun begann aber ein rasches Wachstum dieser Genossenschaften.

Tabelle 76: ENTWICKLUNG DER SPAR- UND DARLEHENSKASSEN
(SYSTEM RAIFFEISEN)

Land	Stand bei Jahresende				
	1890	1895	1900	1905	1909
Niederösterreich	51	277	461	518	538
Oberösterreich	42	114	189	226	251
Salzburg	–	17	36	43	47
Steiermark	2	41	221	282	406
Krain	2	23	64	106	187
Kärnten	12	45	88	155	177
Küstenland	–	6	50	91	197
Tirol	27	147	295	395	459
Vorarlberg	6	33	60	69	75
Böhmen	11	106	713	1.498	2.091
Mähren	4	101	401	608	758
Schlesien	8	55	152	210	270
Galizien	2	5	88	499	1.013
Bukowina	–	–	21	274	383
Dalmatien	–	–	16	54	161

Quelle: BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 158.

Die Gesamtzahl der Kreditgenossenschaften in Cisleithanien stieg von 32 (nach anderen Quellen 28) im Jahre 1888 auf etwa 6.000 (oder: 6.565) 1908, die Zahl der Mitglieder stieg von 9.670 im Jahre 1890 auf mehr als 900.000 im Jahre 1909. Auch die Größe der Vereine wuchs: Der durchschnittliche Mitgliederstand betrug 1890 etwa 53, 1909 131³⁴. Einlagen und Darlehen wuchsen ebenfalls deutlich, wobei sich zeigte, dass bei vielen Kreditgenossenschaften die Funktion als Sparkasse jene als Kreditgeber deutlich überwog. So hatten die tirolischen Kassen im Jahre 1909 mehr als 87 Millionen Kronen Einlagen, hingegen nur für 56 Millionen Darlehen vergeben.

Die Entwicklung dürfte in Ungarn im Prinzip vergleichbar verlaufen sein. Für beide Teilstaaten der Monarchie scheint die intensive Diskussion der Kreditorganisation für den Kleingrundbesitz auf dem Internationalen landwirtschaftlichen Kongress in Budapest (Oktober 1885) die unmittelbare Voraussetzung für die mit 1886 einsetzenden

³³ WOLFGANG WERNER, Raiffeisenbriefe erzählen Genossenschaftsgeschichte (Wien 1988).

³⁴ BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 157.

Gründungen gewesen zu sein³⁵. So wurden 1895 in Cisleithanien etwa tausend (1.023 bzw. 970) Kreditgenossenschaften mit ca. 78.000 Mitgliedern gezählt, in Ungarn zwar nur 317, aber mit 63.220 Mitgliedern³⁶. Die ungarischen Kreditgenossenschaften waren also durchschnittlich größer – was natürlich auch mit der unterschiedlichen Größe der Dörfer (bzw. Agrarstädte) zusammenhing. Die Geschichte des landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaftswesens, das sich ebenfalls stark an Raiffeisen orientierte, setzte wie in Cisleithanien 1886 ein. Der Ausgangspunkt war das Pester Komitat. 1892 bestanden 117 Kreditgenossenschaften mit mehr als 21.000 Mitgliedern, 1895 wie erwähnt bereits 317 mit mehr als 63.000 Mitgliedern. Schon 1894 wurde eine zentrale Genossenschaft gegründet, das „Zentralkreditinstitut vaterländischer Kreditgenossenschaften“. Im Jahr 1895 wurden 7,6 Millionen Kronen an Kredit vergeben. In den Jahren 1907/08 waren dem Zentralkreditinstitut 1.956 Kreditgenossenschaften in 13.126 Gemeinden und fast 500.000 Mitglieder angeschlossen. Die Anzahl der Geschäftsanteile betrug mehr als 900.000 von einem gezeichneten Wert von 45,3 Millionen Kronen, wovon 26,5 Millionen eingezahlt waren. Die Höhe der Spareinlagen betrug mehr als 47 Millionen Kronen. Neben den Mitgliedsgenossenschaften existierten 804 nicht der Zentrale angeschlossene Agrarkreditgenossenschaften. Ein zweiter, kleinerer Zentralverband war jener der „Királyföldi Genossenschaften“ unter der Leitung der Hermannstädter Sparkasse³⁷.

Milch- und Molkereigenossenschaften, Käsereien

Die genossenschaftliche Verarbeitung und Vermarktung von Milch und Milchprodukten galt den Genossenschaftspionieren schon früh als jener Bereich, der für genossenschaftliche Betriebsformen auf Grund ihrer Tradition im Bereich der gemeinschaftlich betriebenen Sennerei besonders prädestiniert sei. Früh interessierte sich auch die Politik für den Stand der genossenschaftlichen Milchverarbeitung³⁸. 1874 galten die Vorarlberger Genossenschaften als vorbildlich. Hier und im benachbarten westlichen Tirol ging man vereinzelt von der gemeinschaftlichen Produktion auch zum gemeinsamen Verkauf der Produkte über, wobei gute Absatzmöglichkeiten in benachbarten Gebieten (Süddeutschland) sich positiv auf die Entwicklung auswirkten. Wichtiger Initiator der eigenen Vermarktung war der aus dem Bregenzer Wald stammende Kleinbauer, Sozialreformer und Literat Franz Michael Felder, der 1866 die erste genossenschaftliche Käsehandlung gründete, um die Bauern aus der Preisdrückerei des privaten Handels zu befreien³⁹. Die Politik des Ackerbauministeriums in Wien, aber auch die Agrarpolitik der Länder, förderte

³⁵ WOLFGANG WERNER, 100 Jahre Österreichischer Raiffeisenverband (1898–1998). Eine Chronik; in: ERNST BRUCKMÜLLER, WOLFGANG WERNER (Hgg.), Raiffeisen in Österreich. Siegeszug einer Idee (St. Pölten 1998) 47 f.

³⁶ BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 157; ENDRE LUKÁCS, Die wirtschaftliche und soziale Lage des Feldarbeiterstandes in Ungarn (Heidelberg 1909) 105.

³⁷ EBD. 105 ff.

³⁸ BELRUPT, Österreichische Molkerei-Genossenschaften passim.

³⁹ HUBERT WEITENSFELDER, Vom Stall in die Fabrik. Vorarlbergs Landwirtschaft im 20. Jahrhundert; in: ERNST BRUCKMÜLLER, ERNST HANISCH, ROMAN SANDGRUBER (Hgg.), Geschichte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft im 20. Jahrhundert II: Regionen, Betriebe, Menschen (Wien 2003) 23.

die Entwicklung dieses Zweiges. In der Tat entwickelten sich die Milch- und Molkereigenossenschaften zur erfolgreichsten Genossenschaftsform überhaupt.

Tabelle 77: MOLKEREIGENOSSENSCHAFTEN 1910

Länder	Anzahl der Genossenschaften	Anzahl der Lieferanten	Lieferanten je Betrieb	Milch in 1000 l	Milch in l je Lieferant	Verarbeitete Milch je Betrieb
Böhmen	86	11.388	132	49.436	4.341	574.838
Bukowina	7	352	50	529	1.503	75.619
Galizien	105	15.889	151	15.038	946	143.215
Kärnten	7	467	67	1.587	3.398	226.716
Krain	75	7.946	106	10.006	1.259	133.411
Küstenland	95	2.998	32	4.956	1.653	52.166
Mähren	146	17.136	117	65.925	3.847	451.540
Niederösterreich	459	20.420	44	ca. 81.000 ^{a)}	3.968	176.470
Oberösterreich	15	2.140	143	10.660	4.982	710.720
Schlesien	15	641	43	2.742	4.277	182.786
Steiermark	18	758	42	4.623	6.099	256.835
Tirol	888	18.423	21	63.748	3.460	71.788
Vorarlberg	649	3.834	6	28.231	7.363	43.499

^{a)} Von der statistisch ausgewiesenen Gesamtsumme von 131.881.749 Liter angelieferter Milch musste die für die Niederösterreichische Molkerei ausgewiesene Summe von 24,5 Millionen Liter abgezogen werden, da sie ja zur Gänze von den zuliefernden Milchgenossenschaften stammte, ebenso ein (unbestimmter) Anteil der Summe der Wiener Molkerei (28 Millionen Liter), da vielfach (aber nicht nur) ebenfalls von Milchgenossenschaften stammend. Die 81 Millionen Liter sind daher eine angenommene Mindestsumme.

Quelle: DIE MOLKEREIGENOSSENSCHAFTEN UND ANDERE UNTERNEHMUNGEN ZUR VERWERTUNG DER MOLKEREIPRODUKTE IN DEN IM REICHSRATE VERTRETENEN KÖNIGREICHEN UND LÄNDERN ZU ENDE 1910 (Wien 1911) 250 f.

In der Belieferung des größten Marktes der Monarchie, Wien, erreichte das Genossenschaftswesen etwa 20 % Marktanteil. Bei Butter und Käse lag dieser Marktanteil wesentlich höher, er erreichte bei Käse etwa 94 % und bei Butter 86 %. Die Tiroler und Vorarlberger standen mit etwa 3 Millionen und die Vorarlberger mit 1,1 Millionen kg Käse eindeutig an der Spitze. Bei der Butterproduktion nahm die Schäringer Molkerei einen Spitzenplatz ein. Die oberösterreichischen Betriebe waren auch die größten nach der Menge der verarbeiteten Milch⁴⁰. Nach der Zahl der organisierten bäuerlichen Liefe-

⁴⁰ Zwischen 1899 und 1901 wurden einige Teebutter-Verkaufsgenossenschaften im Inn- und Hausruckviertel gegründet, 1900 auf Anregung von Georg Wieninger die „Erste Zentral-Teebutter-Verkaufsgenossenschaft“ in Schärding; vgl. GEORG KEIMELMAYER, Regierungsrat Ing. Georg Wieninger (1859 bis 1925); in: ALFRED HOFFMANN (Hg.), Bauernland Oberösterreich. Entwicklungsgeschichte seiner Land- und Forstwirtschaft (Linz 1974) 722.

ranten lag in absoluten Zahlen hingegen Niederösterreich voran, vor Tirol, Mähren und Galizien⁴¹.

In Ungarn zeigt sich bei den Milchgenossenschaften und großbetrieblichen Molkeereien eine deutliche Konzentration in den westlichen Landesteilen. Insbesondere in den drei Komitaten Sopron, Vas und Moson entstanden ab den achtziger Jahren Milchgenossenschaften – die erste im Komitat Vas 1882. Man hatte hier das Vorbild des Großgrundbesitzes vor Augen, dessen Absatzmarkt in erster Linie Wien war und der auf die Nachfrageverschiebungen im Gefolge der Getreidekrise mit der Betonung von Viehhaltung und Milchwirtschaft antwortete. Auch Schweizer Käsemacher siedelten sich in dieser Region an. Außerdem war hier der Übergang vom traditionellen ungarischen Rind, das zwar hervorragendes Fleisch, aber nur wenig Milch gegeben hatte, zu „westlichen“ (Schweizer oder Salzburger) Rinderrassen schon früh vollzogen worden. 1908 waren im Komitat Sopron schon 44 Milchgenossenschaften mit 3.818 Mitgliedern tätig, im Komitat Vas 59 Genossenschaften mit 4.086 Mitgliedern (und mehr als 700.000 Kronen an Einnahmen). Im Komitat Moson arbeiteten zu dieser Zeit 20 Milchgenossenschaften, ihre Butter war auf dem Wiener Markt auch mit dänischer Konkurrenzfähig. Etwas anders verlief die Entwicklung in den südöstlichen Teilen Transdanubiens, in den Komitaten Baranya und Tolna. Hier erfolgte die verstärkte Zuwendung zu Viehzucht und Milchwirtschaft als Reaktion auf die Krise des Weinbaus infolge der Invasion der Reblaus. Eine funktionierende Eisenbahnverbindung mit Budapest war eine wichtige Voraussetzung dafür. Eigentümlicherweise war dieser Wandel in der Nähe der Hauptstadt kaum zu beobachten. Die Milchversorgung von Budapest erfolgte jedoch primär durch Abmelkwirtschaften im Rahmen großer Gutsbetriebe. Die Konzentration der neuen Sozial- und Wirtschaftsform erhellt aus der Statistik von 1907, die in ganz Ungarn 651 Milchgenossenschaften ausweist, von denen sich 408 in Transdanubien befanden⁴².

An- und Verkaufsgenossenschaften und Getreidelagerhäuser

Eine zentrale Position in der Genossenschaftsdiskussion der Zeit vor der und um die Jahrhundertwende nahmen die Getreide-Lagerhäuser ein. Der Preisverfall für die wichtigsten Getreidesorten stand als Motivation hinter zahlreichen Initiativen auf diesem Sektor. Gegenüber dem als volatil eingestuften privaten Getreidehandel sollten die Lagerhäuser über die von ihnen ausgeübte Marktmacht für stabilere Preise sorgen. Tatsächlich wurden um 1900 unter tatkräftiger Unterstützung der Länder mehrere genossenschaftliche Lagerhäuser (nach Vorbildern aus Deutschland, insbesondere Bayern) und eine größere Anzahl von An- und Verkaufsgenossenschaften gegründet. 1909 bestanden in Cisleithanien sechs Lagerhäuser, davon vier in Böhmen, je eines in Mähren und Niederösterreich. Bei An- und Verkaufsgenossenschaften führte Böhmen mit 47 vor Niederösterreich (21) und

⁴¹ BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 161 ff., 167, 179 f.

⁴² ANTAL VÖRÖS, Bedeutung der Produktionszonenforschung; in: DIE AGRARFRAGE IN DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MONARCHIE 1900–1918. Mitteilungen auf der Konferenz der Geschichtswissenschaftler, Budapest, 4.–9. Mai 1964 (Bukarest 1965) 259–273.

Mähren (12)⁴³. Der Marktanteil stand bei Getreide 1909 gerade bei 1,7 %. Interessant ist, dass das Mitgliedergeschäft in einigen Jahren besonders schwach war – und das verweist auf ein bis heute zentrales Problem im Genossenschaftswesen, nämlich die oft nur gering ausgeprägte Identifikation der Mitglieder mit der Organisation. Man hat zuweilen auch den Fehler gemacht, zwecks Mitgliederwerbung überhöhte Preise zu bezahlen. Das rächte sich bei den ab etwa 1905 wieder besseren Absatzmöglichkeiten, weil man die Preissteigerungen des Marktes nicht voll mitmachen konnte – was wiederum zu Unzufriedenheit bei den neuen Mitgliedern führte. Auf diesem insgesamt schwierigen Markt kam es bald zu Verlusten, die beteiligten Länder mussten Rekonstruktionsmaßnahmen tatkräftig unterstützen⁴⁴.

Alle anderen, von Ministerien, Ländern, Landwirtschaftsvereinen und zahlreichen idealistischen Initiatoren angeregten Genossenschaftsgründungen (Winzergenossenschaften, Maschinengenossenschaften usw.) erreichten nur begrenzte lokale Bedeutung, sie werden daher hier nicht behandelt⁴⁵.

Spitzenorganisationen

Früher oder später, am raschesten bei den Kreditgenossenschaften, stellte sich die Frage nach Spitzenorganisationen. Die örtlich begrenzten Kreditvereine benötigten für Zahlungsausgleich, Anlage- und Kreditbedarf sehr bald überregionale Dachorganisationen. Die übrigen Genossenschaftsformen folgten früher oder später. Da das gesamte landwirtschaftliche Organisationswesen in den einzelnen Kronländern entstanden war und die Landesgrenzen zumeist auch Grenzen ihrer Tätigkeit blieben, waren auch zahlreiche Dachorganisationen länderweise organisiert. Das zweite Organisationsprinzip wurde sehr rasch die Sprachzugehörigkeit. Auch die altehrwürdigen Dachorganisationen Böhmens oder Mährens trennten sich entlang der Sprachgrenze, bzw. wurden ihre Nachfolgeorganisationen (Landeskulturräte) in zwei nationale Sektionen geteilt (das gilt übrigens auch für Tirol)⁴⁶. Als drittes Organisationsprinzip erwies sich aber auch die (parti-)politische Spaltung, wodurch es auch innerhalb eines Sprachgebietes zu mehreren Dachorganisationsbildungen kommen konnte. Nach verschiedenen Anläufen wurde 1898 der „Allgemeine Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften“ (primär nach dem System Raiffeisen) gegründet. Gründungsmitglieder waren regionale Dachorganisationen aus Niederösterreich, Oberösterreich, Deutsch- und Welschtirol, Krain und Schlesien sowie die Deutschböhmen und Deutschmährer. Im ersten Jahrzehnt erfolgte eine kräftige Expansion. Um 1909 waren folgende Zentralkassen und Dachverbände im „Allgemeinen Verband“ zusammengeschlossen:

⁴³ BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 179.

⁴⁴ EBD. 150, 161.

⁴⁵ Ausführlich STEPHAN RICHTER, Das landwirtschaftliche Vereins- und Genossenschaftswesen; in: LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT 1848–1898 Supplementband 1, 509–653.

⁴⁶ MERSI, Sezione di Trento.

Tabelle 78: MITGLIEDER DES ALLGEMEINEN VERBANDES
LANDWIRTSCHAFTLICHER GENOSSENSCHAFTEN

	Gründungs- jahr	Zuge- hörige Vereine
Nö. Genossenschafts-Zentralkasse, Wien	1898	784
Oö. Genossenschafts-Zentralkasse, Linz	1900	261
Salzburgische Genossenschafts-Zentralkasse, Salzburg	1905	44
Verband d. landw. Genossenschaften in Stmk., Graz	1900	342
Zadružna zveza v Celju, Cilli	1906	139
Landesverband. d. landw. Gen. in Kärnten, Klagenfurt	1901	105
Zentralkasse d. landw. Gen. f. Kärnten, Klagenfurt	1900	69
Zadružna zveza v Ljubljani, Laibach	1903	543
Goriška zveza gopodarskih zadrug, Görz	1904	70
Federazione dei consorzi agric. del Friuli, Görz	1908	85
Federazione dei consorzi (etc.) nella provincia d'Istria, Parenzo	1905	59
Zadružni zavez, Spalato	1907	142
Zentralkasse d. Raiffeisenvereine Deutschtirols, Innsbruck	1895	298
Verband landw. Gen. in Vorarlberg, Lauterach	1895	76
Zentralverband d. deutschen landw. Gen. Böhmens, Kgl. Weinberge	1895	768
Ústřední jednota českých hospodářských společenstev v království Českém, Prag	1896	1.758
Zentralverband d. deutschen landw. Gen. Mährens und Schlesiens, Brünn	1893	768
Verband landw. Gen. in Schlesien, Bielitz	1894	164
Jednota českých hospodářských společenstev ve Vévodství Slezském, Troppau	1901	91
Związek spółek rolniczych w Ksiestwie Ciestynjsjem, Teschen	1908	91
Verband. d. deutschen landw. Gen. i. d. Bukowina, Czernowitz	1903	82
Sojuz ruskych chliborobskych spilk na Bukowyni „Selanska kassa“, Czernowitz	1903	176
Centrala însotirilor economice române din Bucovina, Czernowitz	1904	162

Folgende Verbände gehörten dem „Allgemeinen Verband“ nicht an:

Zveza slovenskih zadrug v Ljubljani, Laibach	1907	181
Centralna kasa srpskih privrednih zadrug na Primorju, Ragusa	1909	35
Banca cattolica Trentina, Trient	1899	–
Zemský svaz českých hospodářských družstev a společenstev pro království České, Prag	1909	60
Ústřední svaz českých hospodářských společenstev v markrabství Moravském, Brünn	1899	645
Ústřední jednota českých hospodářských společenstev úverních pro Moravu a Slezsko, Brünn	1898	487
Krajewy sojuz kredytowyi, Lemberg	1898	304
Krajowa centralna kassa dla spółek rolniczych, Lemberg	1908	1.025

Quelle: BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 145 Anm. 48.

Je eine deutsche und italienische Zentrale gab es in Tirol, eine italienische und slowenische in Görz, eine kroatische und serbische in Dalmatien, je eine deutsche, rumänische und ukrainische in der Bukowina. Zwei verschiedene slowenische Verbände existierten in Laibach (Ljubljana; *Ljubljana*), zwei deutsche in Kärnten, je zwei tschechische in Böhmen und Mähren. In Schlesien existierten drei Dachverbände analog den Sprachgebieten, je ein deutscher und ein tschechischer Fachverband erstreckten ihr Tätigkeitsgebiet auf Mähren und Schlesien. Die Dachverbände dürften alle ab 1895 gegründet worden sein, doch ist hier Vorsicht geboten: Die von dem untersteirischen Abgeordneten Michael Vošnjak gegründeten Vorschusskassen beruhten auf dem System Schulze-Delitzsch und wurden in der von den Raiffeisen-Verehrern dominierten Genossenschaftsstatistik um 1910 nicht mehr gut dokumentiert; der in Cilli (Celje; *Celje*) situierte Dachverband dieser untersteirischen slowenischen Vorschusskassen („*Zeza slovenskih posojilnic*“) war aber schon 1883 gegründet worden. Das Datum unserer Statistik betrifft also offenbar eine Neugründung oder Umbenennung⁴⁷.

Die genossenschaftliche Mobilisierung der Agrarbevölkerung erfolgte unter tatkräftiger Mithilfe politischer, administrativer und pädagogischer Eliten – Landtagsabgeordnete spielten eine bedeutende Rolle, wie Ernst Vergani, Josef Ritter Mitscha von Märheim, Franz Richter oder Matthäus Bauchinger, Wanderlehrer wie der Tiroler „Mistapostel“ und Kaplan Adolf Trientl oder die Niederösterreicher Anton Wittmann und Gabriel Belleville. In den frühen Organisationsphasen waren in den Vorständen neben den Landwirten Lehrer, Gewerbetreibende, Beamte und Geistliche stark vertreten. In Deutschböhmen fungierten als Obmänner 251 Landwirte, 120 Lehrer, 64 Gewerbetreibende, 63 Beamte und Private, 40 Geistliche; als Zahlmeister 77 Lehrer, 37 Landwirte, 17 Kaufleute, 17 Gewerbetreibende, 9 Geistliche, 8 Gemeindegemeindeführer, 4 Postmeister, 3 Fabrikbeamte, 3 Private, 2 Rentmeister und 1 Fabrikant⁴⁸.

Die zentrale Frage, ob und in welchem Maße die Kreditgenossenschaften tatsächlich zur Stabilisierung der bäuerlichen Besitzlage beigetragen haben, ist kaum zu beantworten. Wie viele bäuerliche Anwesen tatsächlich vor unsauberen Kredithaien oder der Zwangsversteigerung gerettet werden konnten, lässt sich nur schwer eruieren. Außerdem stiegen ab etwa 1905 die Preise für agrarische Produkte als Folge der Zollpolitik der Monarchie, was zur Stabilisierung der bäuerlichen Situation ebenfalls beigetragen haben dürfte. Mit großer Sicherheit übten aber alle diese Organisationen – auch die Milch- und Molkereigenossenschaften und die An- und Verkaufsgenossenschaften – ihre Mitglieder in ökonomisch rationales Verhalten ein, insofern sie ihnen eine gesteigerte Rechenhaftigkeit anerzogen haben.

⁴⁷ SCHULLER, 100 Jahre Raiffeisenbanken 177; zur Tätigkeit und Orientierung Vošnjaks vgl. BOGO GRAFENAUER, *Gospodarski obrat kmetije* [Der Wirtschaftsbetrieb des Bauernhofes]; in: PAVLE BLAZNIK, BOGO GRAFENAUER, SERGIJ VILFAN (Red.), *Gospodarska in družbena zgodovina Slovencev* [Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Slowenen]. *Zgodovina agrarnih panog I: Agrarno gospodarstvo* [Geschichte der agrarischen Wirtschaftszweige I: Agrarwirtschaft] (Ljubljana 1970) 637. Der zweite Schub an Gründungen von Kreditgenossenschaften erfolgte auf Anregungen des Geistlichen und Politikers Janez Evangelist Krek ab 1894, jetzt unter dem Raiffeisen'schen Paradigma.

⁴⁸ BRUCKMÜLLER, *Landwirtschaftliche Organisationen* 142 f.

4. Politische Organisationen – Agrarparteien und Bauernbünde

Wenn man die Organisierbarkeit und die Mobilisierung der Landbevölkerung untersucht, müssten außer den hier genannten diversen Vereins- und Genossenschaftsgründungen noch weitere Faktoren genannt werden. Nicht zu vernachlässigen ist für unsere Fragestellung die Schaffung der politischen Gemeinde 1849 bzw. 1862. In der viel belächelten und kritisierten Selbstverwaltung der Landgemeinden erfuhr auch das bäuerliche Element bis zu einem gewissen Grad eine erste Schulung in Verwaltung und Rechtswesen sowie in Rechnungssachen. In Böhmen und der Steiermark wurde in den Bezirksselbstverwaltungen eine zusätzliche Ebene kleinregionaler politischer Betätigung eingezogen. Dazu kamen in den böhmischen Ländern die Kontributionsvorschusskassen, die den Gemeinden übergeben wurden und später zu Kreditgenossenschaften auf Bezirksebene weiter entwickelt wurden. Die ökonomischen Effekte dieser Einrichtungen sind schwer messbar, ebenso wie jene der von Ländern und Ackerbauministerium forcierten Genossenschaftsgründungen ab etwa 1885, sie hatten aber jedenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Mobilisierung und Organisierung der ländlichen Bevölkerung, insbesondere der Bauernschaft. In zahlreichen Biographien der bäuerlichen (Mit-)Initiatoren dieser Gründungen, von denen die wichtigsten entweder schon vorher oder als Folge ihrer Tätigkeit auch politische Funktionen als Landtags- oder Reichsratsabgeordnete bekleideten, wird auf eine Tätigkeit in einem landwirtschaftlichen Kasino, einer lokalen Milchgenossenschaft oder einem Vorschussverein berichtet. Diese Tätigkeitsfelder lehrten ein gewisses Maß an Versammlungsroutine, „Rechenhaftigkeit“ und Überblick (dass damit immer wieder auch Versuchungen verbunden waren, in die eigene Tasche zu wirtschaften, soll zumindest nicht verschwiegen werden). Dabei erwies es sich als günstig, mit den etablierten politischen Kräften zu kooperieren. Der Weinbauer Josef Steininger aus Langenlois in Niederösterreich erlitt mit seinem Versuch, eine bäuerliche Sammlungsbewegung abseits aller politischen Strömungen zu gründen, grandios Schiffbruch und starb verarmt und vergessen⁴⁹. Diese Kooperationen lagen auch deshalb nahe, weil alle politischen Kräfte in der Phase eines beschleunigten sozialen Wandels die konservierenden und retardierenden gesellschaftlichen Segmente wie den Agrarsektor als Gegenkraft gegen die drohende sozialistische Umsturzpartei zumindest verbal schätzten und mehr oder weniger massiv zu unterstützen bereit waren. Da diese Unterstützung in der Zeit der liberalen Dominanz hauptsächlich eine Hilfe zur Selbsthilfe sein sollte, bewegte sie sich bis um 1880 im Rahmen der gesetzlichen Regelung des Genossenschaftswesens (1873), von genauen statistischen Erhebungen und sehr geringen Unterstützungen etwa in Form von „Subventionsstieren“, doch ohne massive Beeinflussung der Märkte.

Das war den in der Krise zunehmend verstörten bäuerlichen Massen zuwenig, weshalb sich der bäuerliche Protest immer mehr andere Bündnispartner suchte, in sozial und national radikaleren Bewegungen, etwa bei Schönerer oder bei den Jungtschechen, aber auch bei den Konservativen (etwa in Tirol und Oberösterreich). Die jeweiligen (jüngeren) Nationalparteien nahmen das agrarische Protestpotential zunehmend ernst. Ob aber die

⁴⁹ RIEPL, Politische Agitation Steiningers passim.

wachsende bäuerliche Organisationsbereitschaft sich dominant in einem liberalen, konservativen, liberal-nationalen, klerikal-nationalen oder sonstwie spezialisierten Rahmen beheimatete, hing von recht unterschiedlichen Faktoren ab. So war die frühe und eindeutige Orientierung der Deutschkärntner Bauernbewegung im national-freiheitlichen Lager nicht nur eine Folge der anerkannten Tätigkeit und klugen Ausweitung der Mitgliedschaft der stets liberal beherrschten Landwirtschaftsgesellschaft, sondern auch eine Folge der Tatsache, dass sich die Kärntner Slowenen eindeutig antiliberal und klerikal orientierten, so dass die Gleichung „deutsch = liberal“ der Gleichung „slowenisch = klerikal“ gegenübergestellt wurde. Ähnlich verlief die Entwicklung in den böhmischen Ländern, wo eine überaus dichte Vereinslandschaft entstand, welche die Bauernschaft schon früh an Versammlungsroutine, Geschäftsordnungen und Kassaberichte gewöhnte. In den deutschböhmischen und deutschmährischen Gebieten blieb das Organisationswesen in Verbindung mit den liberalen oder deutschnationalen Parteien, eine gewisse Ausnahme bildete relativ spät die christlichsoziale Orientierung in Teilen Südmährens. Im Zuge einer immer stärkeren gesellschaftlich-politischen Spezialisierung verselbstständigte sich der agrarische Zweig der deutsch-böhmischen Nationalliberalen in der „Deutschen Agrarpartei“, die zu einem durchaus erfolgreichen Mitspieler im deutschnational-liberalen Lager wurde. Ähnlich und gleichzeitig komplizierter verhielt es sich bei den tschechischen Organisationen. Sie blieben vielfach in Verbindung mit der tschechischen Sektion des Landeskulturrates, in der die Alttschechen traditionell gut vertreten waren. Um 1890 wandte sich jedoch auch der Agrarsektor zunehmend den Jungtschechen zu. Auch hier kam es zur Verselbstständigung in einer eigenständigen Agrarpartei, der „Česká agrární strana“, die sich mit einer ziemlich selbstständigen mährischen Bruderpartei zu einer starken politischen Kraft entwickelte. Auch innerhalb der polnischen und ukrainischen politischen Landschaften wurden die bäuerlichen Organisationstendenzen immer kräftiger und setzten sich auch in Gründungen von Bauernparteien um.

Immer ging es um den „Bauernstand“, der umso kräftiger beschworen wurde, je stärker Industrialisierung, Verkehrsrevolution und Urbanisierung seine Beharrlichkeit und konservierende Kraft zu untergraben schienen. Aber dieser Bauernstand war nie und nirgends eine Einheit. Die Bauernstandsideologie wurde auch von jenen Kräften instrumentalisiert, denen es in erster Linie um die Interessen des Getreidebaues ging, wie der langatmigen, aber erfolgreichen „Österreichischen Zentralstelle zur Wahrung land- und forstwirtschaftlicher Interessen beim Abschlusse von Handelsverträgen“. Zeitgenössische Kritiker haben darauf verwiesen, dass die erfolgreiche Zollargumentation der Zentralstelle zwar die Getreidepreise tatsächlich in die Höhe trieb, damit aber nur dem ungarischen (und böhmisch-mährischen) Gutsbetrieb nützte, ja nicht einmal diesem hundertprozentig, weil diese Politik den Absatz von tierischen Produkten schädigte, keinesfalls aber jenen zahlreichen Landwirten zu Gute kam, die wenig oder gar kein Getreide auf den Markt bringen konnten⁵⁰. Die organisatorische und politische Mobilisierung der Bauernschaft („Standesbildung“) erfolgte letztlich zwar überall, jedoch keineswegs überall in gleicher Art und unter gleichen oder gleichartigen Vorzeichen. Angesichts der traditio-

⁵⁰ Vgl. FERDINAND VON PANTZ, Die Hochschutzzollpolitik Hohenblums und der österreichische Bauernstand (Wien 1910).

nellen Orientierung der Bauern an kleinen, vertrauten Räumen wie Gemeinde, Pfarre, Einzugsgebiet bestimmter Märkte oder Behörden, schließlich und äußersten Falles des jeweiligen (Kron-)Landes, war nicht zu erwarten, dass so etwas wie eine reichsweite Bauernbewegung oder ein „Bauernstand der Habsburgermonarchie“ entstehen könne. Das war auch in den beiden Teilstaaten nicht der Fall. Man wird daher gut daran tun, die überregionale bäuerliche Mobilisierung vergleichend zu untersuchen, um gewisse Strukturmerkmale herauszuarbeiten.

Wir beginnen unseren Vergleich in Oberösterreich⁵¹. Oberösterreichs Bauern bezahlten relativ am meisten Steuern, sie verfügten im Durchschnitt über größere, durch die Streusiedellage besser arrondierte Betriebe als jene in allen anderen Ländern der Habsburger. Im 18. Jahrhundert und im Vormärz für ihre Fortschrittlichkeit (Kleebau, verbesserte Dreifelderwirtschaft) gelobt, konnte diese Bauernschaft auch in der zweiten Jahrhunderthälfte auf einige wichtige und ihre ökonomische Situation stabilisierende Neuerungen verweisen. So war Oberösterreich um 1900 das Land mit der breitesten Verwendung von Dampfdreschmaschinen. In der genossenschaftlichen Milchverwertung hatten oberösterreichische Genossenschaften wie der Schärddinger Verband in der überregionalen Vermarktung von Butter eine besondere Rolle erreicht. In den achtziger und neunziger Jahren versuchte man den Preisverfall bei Getreide durch eine Betonung der Viehzucht auszugleichen – Tierzuchtgenossenschaften und -vereine erfuhren eine weite Verbreitung. Auf Grund der Betriebsstruktur konnten auch Preisschwankungen in den weiten Tal- und Hügellagen die wirtschaftliche Situation nicht grundlegend erschüttern. Das vorherrschende Dienstmotenswesen geriet erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in eine Krise. Man musste zunehmend auf andere Weise, etwa durch die Bindung von gewissen Inhabern kleiner Anwesen, den Arbeitskräftebedarf decken. Aber eine massive Erschütterung bedeutete dies alles nicht. Es nimmt daher nicht wunder, dass die Organisationsentwicklung ebenfalls eher gemächlich vor sich ging. Die in den vierziger Jahren gegründete „Landwirtschaftsgesellschaft“ blieb von interessierten Gutsbesitzern und Verwaltern sowie einigen Gelehrten beherrscht, was man auch an der Qualität der statistischen Untersuchungen bemerkt. Natürlich war sie von einem liberalen Geist beherrscht. Dieser erregte erstmals wohl durch die liberale Schulgesetzgebung und die damit verbundene Schulbesuchsverlängerung für jene Kinder, die spätestens ab dem zwölften Lebensjahr traditionell bereits als Hirten eingesetzt waren, Unmut bei der bäuerlichen Bevölkerung. Dass der schärfste Gegner der liberalen Schul- und Kirchengesetzgebung, Bischof Rudigier, ausgerechnet in Linz saß, hatte zweifellos Auswirkungen auf diesen Unmut. Jedenfalls gelang es der aus dieser Kritik neue Kraft schöpfenden konservativen Bewegung, im „Katholischen Volksverein“ schon in den siebziger Jahren eine überaus stabile und breite organisatorische Basis zu schaffen. Hier waren die meinungsbildenden Gruppen der Bauernschaft, das waren im oberösterreichischen Zentral-

⁵¹ Zum Folgenden ERNST BRUCKMÜLLER, *Bäuerlicher Konservatismus in Oberösterreich*. Sozialstruktur und politische Vertretung in einem österreichischen Kronland; in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 37 (1974) 121–143; DERS., *Wirtschaftsentwicklung und politisches Verhalten*; KARL PÖMER, *Die Ackerbau- und Landwirtschaftsgesellschaft*; in: HOFFMANN (Hg.), *Bauernland Oberösterreich* 628–640; DERS., *Der Landeskulturrat für Oberösterreich*; in: EBD. 641–661.

raum die Inhaber der großen, oft noch im Hausnamen die Herkunft von herrschaftlichen Meierhöfen verratenden Betriebe, gut eingebunden. Erst knapp vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde in diesen Kreisen die Gründung einer eigenen bäuerlichen Organisation diskutiert, die aber nicht mehr ins Leben trat. 1882 errangen die Konservativen die Mehrheit im Landtag. Durch die Gründung eines „Landeskulturrates“ als zentraler landwirtschaftlicher Körperschaft wurde die (als liberal geltende) „Landwirtschaftsgesellschaft“ zurückgedrängt, in den Bezirksgenossenschaften der Landwirte (auf freiwilliger Basis) erhielt die Bauernschaft ein neues Organisationsmodell. Die Bezirksgenossenschaften konnten auch Delegierte in den „Landeskulturrat“ entsenden. Später wurde auch das Genossenschaftswesen von der Landtagsmehrheit massiv gefördert. Dennoch waren nicht alle Bauern mit diesen Organisationsmodellen wirklich zufrieden. Oppositionell zum „Katholischen Volksverein“ standen gewisse bäuerliche Gruppen im Hausrückviertel, wo eine beachtliche protestantische Tradition überlebt hatte. Sie schufen eine eigene politische Organisation, den „Oberösterreichischen Bauernverein“ (1880/81), unter dem Motto „weder liberal noch klerikal“ – tatsächlich oszillierte der Verein zwischen liberal und schönerrianisch, was auch immer wieder zu Konflikten führte. Ausgangspunkt der Organisationsbildung war eine Kuriosität: Bauern in der Gegend von Wels waren auf Bezahlung von Lehensgebühren verklagt worden, obwohl das Lehensband längst aufgehoben war. Gegen die Liberalen grenzte man sich durch protektionistische Forderungen und einen scharfen Antisemitismus ab, gegen die Klerikalen vor allem durch die Ablehnung von Geistlichen als Abgeordnete der Landgemeinden. Bauern sollten nur durch Bauern vertreten werden. 1885 kandidierte der „Bauernverein“ fast im ganzen Land, seine Kandidaten konnten sich aber gegen jene der Konservativen nicht durchsetzen. In den letzten Landtagswahlen vor dem Krieg brachte man durch eine engere Zusammenarbeit mit dem städtischen Freisinn einen Kandidaten durch. Abgesehen von den trennenden ideologischen Barrieren stammten die Führungsgruppen aus ähnlichen Verhältnissen – es waren Bauernwirte, Bürgermeister, Holzhändler, Müller und große Bauern, meist zugleich auch Vereins- und Genossenschaftsfunktionäre, die hier wie dort eine entscheidende Rolle spielten. Jedenfalls blieb die Bauernschaft ganz überwiegend im konservativen Lager, der oberösterreichische Konservatismus war daher auch stark von der Landbevölkerung geprägt. Diese konservative Grundhaltung dürfte durch die Vergrößerung der bäuerlichen Haushalte, sozial gesehen durch die Ausweitung der bäuerlichen Hausherrschaft und damit auch einer patriarchalischen Ideologie, zwischen etwa 1800 und 1870 verstärkt worden sein.

Auch in Salzburg⁵² konnten die Konservativen das Landvolk früh organisieren. 1870 wurde der „Katholisch-politische Volksverein von Salzburg“ gegründet, dessen soziales Rückgrat die wahlberechtigten Bauern bildeten. Als diese Bewegung etwas erlahmte, fand der „Oberösterreichische Bauernverein“ auch hier eine gewisse Verbreitung, ein deutsch-national-liberaler „Salzburgischer Bauernverein“, der sich durch extreme Schönerer-Verehrung auszeichnete, wurde 1883 gegründet. Er rekrutierte sich primär aus größeren

⁵² HAAS, Das liberale Zeitalter; DERS., Bäuerliche Lebenswelt um 1900 – Katholisch-Konservative, Christlichsoziale und Deutschkonservative; in: DOPSCH, SPATZENEGGER (Hgg.), Geschichte Salzburgs II/2, 901–933.

Grundbesitzern, Wirten, Bräuern und Kaufleuten. Ein eigentümliches Phänomen bildete die ebenfalls im ländlichen Milieu zeitweilig erfolgreiche deutschkonservative Partei des Abgeordneten Georg Lienbacher. Dieser gründete gegen den liberal-nationalen Verein einen konservativen „Agrarverein für das Herzogtum Salzburg“, der 1884 den Katholisch-Konservativen zum Sieg bei den Landtagswahlen verhalf. Lienbachers Katholizismus war aber zunehmend „deutsch“ orientiert. 1887 wurde seine Bewegung zur „Mittelpartei“. 1888 wurde Lienbacher Präsident der seit den sechziger Jahren dahinsiechenden „Landwirtschaftsgesellschaft“, die jetzt aufblühte⁵³. Schließlich beerbte seine Bewegung die schönerianische Bauernbewegung und wurde ein Teil des liberal-nationalen „Lagers“. Die Partei präsentierte sich als agrarische Interessengruppe, dennoch wurde sie immer stärker eine Vertretung der ländlichen Zentralorte, konnte aber 1901 in der fünften (allgemeinen) Kurie einen Erfolg erringen (nicht bei den Landgemeinden). Die Masse der Bauern folgte aber dem 1906 gegründeten „Katholischen Bauernbund“, der den „Volksverein“ beerbte. 1907 hatte er mehr als 10.000 Mitglieder, in 150 Gemeinden gab es Lokalorganisationen. Hier waren nicht nur Bauern, sondern auch Dienstboten, Gesellen, Knappen und Arbeiter, Gewerbetreibende und Marktbewohner organisiert. Der „Bauernbund“ stellte also das organisatorische Gerüst für eine breite Volksbewegung, die christlichsoziale Partei dar. Sie gewann 1907 alle vier ländlichen Mandate für den Reichsrat und siegte 1909 auch bei den Landtagswahlen.

Wieder anders verlief die Entwicklung in Tirol⁵⁴. Die „Landwirtschaftsgesellschaft“ spielte eine bescheidene Rolle. Hier beherrschte das katholisch-konservative Element stets den Landtag. Allerdings war manchen politischen Aktivisten die konservative Reaktion auf die Agrarkrise zu lasch. Hier war weniger die Getreidekrise zu spüren, als vielmehr die deutsche Zollpolitik, welche den Export von Zuchtvieh nach Süddeutschland zunehmend erschwerte. Die Verschuldung der Tiroler Bauernschaft war dramatisch, sie lag 1892 bei 108 % des theoretischen Reinertragswertes. Während die Erträge stagnierten oder zurückgingen, stiegen die Bodenpreise als Folge eines „ungesunden Landhungers“⁵⁵. Jüngere Abgeordnete, wie der Brixener Theologe Ämilian Schöpfer, entwickelten innerhalb der Konservativen langsam eine „schärfere Tonart“. Das waren die Vorboten der späteren Christlichsozialen. Der 1904 gegründete „Tiroler Bauernbund“ stand ganz auf dieser Seite. Wichtig waren bereits vorhandene Organisationsformen. Der Gründung auf einem Bauerntag in Sterzing (*Sterzing/Vipiteno*) gingen Besprechungen von Gemeindevorstehern, Obmännern von Bezirksgenossenschaften des Landeskulturrates und lokaler Bauernvereinigungen voraus. Der Bauernbund errang, mit etwa 20.000 Mitgliedern, rasch eine dominante Position. Aber die Tiroler Bauernschaft blieb geteilt, ein Teil beharrte auf dem traditionellen Konservatismus, ein Teil ging zu den Christlichsozialen über. Beide Parteien bekämpften einander heftig. 1907 gewannen die Christlichsozialen

⁵³ Siehe FRIEDRICH STEINKELLNER, Georg Lienbacher. Salzburger Abgeordneter zwischen Konservatismus, Liberalismus und Nationalismus 1870–1896 (= Publikationen des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte II/14, Wien – Salzburg 1984).

⁵⁴ Das Folgende nach BRUCKMÜLLER, Wirtschaftsentwicklung und politisches Verhalten 513 f.; DERS., Landwirtschaftliche Organisationen 201, 219 f, 224; GRABMAYR, Schuldnoth 61, 63 f.

⁵⁵ EBD. 61.

alle Mandate der Landgemeinden für den Reichsrat. Durch die Herrschaft im Landtag konnte diese Richtung das Genossenschaftswesen massiv fördern, was wiederum der eigenen Organisation zugute kam⁵⁶. Der Bauernbundobmann Josef Schraffl wurde 1917 schließlich zum Landeshauptmann von Tirol gewählt.

In Vorarlberg gab es erste organisatorische Bestrebungen schon in den sechziger Jahren. Sie betrafen das Genossenschaftswesen. Der Bregenzerwälder Bauer Franz Michael Felder konnte dabei erste Erfolge verbuchen. Ab 1868 organisierte sich die katholische Seite im „Kulturkampf“ gegen den Liberalismus in den „Kasinos“. Das soziale Rückgrat der katholischen Kasinos bildete wieder die Bauernschaft. Auch in Vorarlberg entstand in den achtziger Jahren ein Konflikt zwischen Altkonservativen und einer jüngeren Variante, der durch einen Kompromissvorschlag des Bregenzerwälder Bauern Jodok Fink (des österreichischen Vizekanzlers von 1919) bereinigt wurde. Ab den neunziger Jahren gingen die Konservativen immer mehr zu den Christlichsozialen über. Ein Verein mit diesem Namen wurde 1893 gegründet. Die Bauernschaft war hier gut vertreten⁵⁷.

Ganz anders verlief die Entwicklung in Kärnten. Hier wirkte eine traditionsreiche „Landwirtschaftsgesellschaft“ (gegründet 1764/65), die 1910 bruchlos in einen „Landeskulturrat“ übergeführt wurde. Die liberale Tradition blieb hier ungebrochen. Der liberal-deutschnationale „Kärntner Bauernbund“ entstand 1886 und behielt durchwegs die Führungsrolle in der Erfassung der deutschkärntner Bauern. Das dürfte mit der nationalpolitischen Kärntner Gleichung „deutsch = liberal, slowenisch = klerikal“ zusammenhängen. Tatsächlich erfolgte die Organisation der slowenischen Bauern unter praktisch ausschließlicher Patronanz und Dominanz des Pfarrklerus. Das wachsende Organisationsnetz von Vereinen und Genossenschaften gliederte sich nicht nur entlang der Sprachgrenzen, sondern praktisch gleichzeitig auch nach unterschiedlichen politisch-ideologischen Ausrichtungen. Mit der Umwandlung der „Landwirtschaftsgesellschaft“ in einen „Landeskulturrat“ übernahm der „Kärntner Bauernbund“ auch hier die Führung. Politisch war der „Kärntner Bauernbund“ mit der „Deutschen Volkspartei“ Otto Steinwenders verbunden. Der Freisinn errang 1901 alle Mandate in den Kärntner Landgemeinden, auch 1907 blieben sie erfolgreich (ein Mandat war den Slowenen reserviert)⁵⁸. Ein „christlicher Bauernbund“ für Kärnten wurde 1908 gegründet, erhielt aber wenig Zulauf.⁵⁹

Komplexer war die Situation in der Steiermark⁶⁰. In der Untersteiermark entwickelte sich ein starkes slowenisches Genossenschaftswesen mit einem eigenen Dachverband in Cilli. Ein klassen- oder ständeübergreifendes katholisches Organisationswesen entstand mit den katholisch-konservativen Volksvereinen ab 1868. In der Obersteiermark agitierte ab 1881 als Obmann des „Steirischen Bauernvereins“ recht erfolgreich der

⁵⁶ BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 222.

⁵⁷ HUBERT WEITENSFELDER, „Römlinge“ und „Preußenseuchler“. Konservativ-Christlichsoziale, Liberal-Deutschnationale und der Kulturkampf in Vorarlberg, 1860 bis 1914 (Wien – München 2008) 43, 82.

⁵⁸ BRUCKMÜLLER, Landwirtschaftliche Organisationen 215 f., 224.

⁵⁹ DERS., Wirtschaftsentwicklung und politisches Verhalten 523.

⁶⁰ GÜNTER R. BURKERT-DOTTOLO, Das Land geprägt. Die Geschichte der steirischen Bauern und ihrer politischen Vertretung (Graz 1999) 24–47.

deutschnationale Abgeordnete und Bauer Alois Posch, der 1904/05 die Los-von-Rom-Idee in der Bauernschaft verbreiten wollte. 1896 gründete Friedrich Karl Freiherr von Rokitsky den „Christlichen Bauernbund“, der zunächst in der mittleren, später auch in der Obersteiermark beachtliche Erfolge erzielte. Offensichtlich entwickelte das Modell einer nicht kirchlich gebundenen reinen Standesorganisation beträchtliche Attraktivität. Die Katholisch-Konservativen fanden dagegen, solange sie dem Modell einer überständischen Organisation („Volksverein“) verhaftet blieben, keine wirklich passende Rezeptur. Erst die Gründung des „katholisch-konservativen Bauernvereins“ durch den Bauern und Gemeindevorsteher Franz Hagenhofer (1899), die also das Modell der Standespartei imitierte, erwies sich als Erfolg versprechend. So war die deutschsprachige Bauernschaft dreigeteilt zwischen Posch (Bruck an der Mur, Mürzthal), Rokitsky (Enns- und Paltenal, Umgebung Graz, Leibnitz) und Hagenhofer (Oststeiermark, oberes Murtal). Die beiden liberal-nationalen Bewegungen und die katholisch-konservativen Bauern hielten sich in etwa die Waage. Erklärungen für diese Trennungen sind nicht ganz einfach. Sicher – im Ennstal hatte es einen verbreiteten (Geheim-) Protestantismus gegeben, aus dem sich die liberal-nationalen Organisationen speisten. Auch die Industriegebiete der Obersteiermark tendierten eher in diese Richtung, ebenso die Hauptstadt. Der katholische Bauernverein hatte seine Zentren anderswo. Hagenhofer konnte insbesondere durch die Gründung einer eigenen Bank (Bauernvereinskasse) „seinen“ Verein auch ökonomisch zusätzlich absichern.

Ebenso wie in den deutschsprachigen Gebieten (mit den schon bezeichneten Ausnahmen) organisierten sich die slowenischen Bauern politisch im Rahmen umfassender Parteien. Zuerst war das die mehr oder weniger vereinigte „Slowenische Nationalpartei“, die parlamentarisch im Rahmen des „Hohenwart-Klubs“ agierte⁶¹. Nach dem Zerfall des „Hohenwart-Klubs“ und der Trennung von Liberalen und Katholisch-Konservativen war der größte Teil der slowenischen Bauernschaft im Rahmen der „Katholischen Volkspartei“ organisiert⁶². Diese Organisation überschritt auch die Ländergrenzen, obgleich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts die slowenische Vereinstätigkeit meist im Rahmen der Länder verblieb⁶³. Ähnlich wie in den deutschsprachigen Alpenländern ersetzten auch bei den Slowenen bäuerliche Verbände die traditionellen standesübergreifenden Volksvereine. Sie bildeten die Basis für die 1905 zur „Slovenska ljudska stranka“ [Slowenische Volkspartei] umbenannten „Katholischen Volkspartei“ Krains, die 1908 die absolute Mehrheit im Krainer Landtag errang. 1909 wurden die entsprechenden Parteien aus allen slowenischen Gebieten zu einer gesamtslowenischen Partei vereinigt⁶⁴.

⁶¹ ERNST BRUCKMÜLLER, Hohenwart und die Slowenen. Anmerkungen zu einer politischen Beziehung; in: VINCENC RAJŠP, RAJKO BRATOŽ, JANEZ CVIRN, JASNA FISCHER, WALTER LUKAN, BRANKO MARUŠIČ (Hgg.), *Slovinci v zgodovini in njihovi srednjeevropski sosedje* [Die Slowenen in der Geschichte und ihre mitteleuropäischen Nachbarn] (= Melikov Zbornik) (Ljubljana 2001) 621–634.

⁶² MARTIN MOLL, Politische Organisationen und öffentlicher Raum in der Steiermark; in: RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1*, 436.

⁶³ PETER VODOPIVEC, Die Entwicklung des nationalen und politischen Organisationswesens in Krain; in: EBD. 529.

⁶⁴ EBD. 530, 537.

Auch in den böhmischen Ländern entstanden politische Organisationen der Bauernschaft. Auch hier kann man von einer politischen Reaktion auf die Krise sprechen. Aufbauend auf dem dichten Vereins- und Genossenschaftsnetz entstanden selbstständige bäuerliche Organisationen bei den Tschechen ab 1891. Diese politische Mobilisierung der tschechischen Bauern Böhmens erfolgte unter ausgesprochen liberalen Vorzeichen. Sicher trug die bäuerliche Unterstützung erheblich zum Sieg der Jungtschechen 1889 bzw. 1891 bei. Die erfolgreichste politische Organisation war die 1896 gegründete „Sdružení českých zemědělců pro Království české“ [Vereinigung tschechischer Landwirte für das Königreich Böhmen], aus der 1899 die „Česká agrární strana“ [Tschechische Agrarpartei] entstand. Die Partei vereinigte sich 1905 mit tschechischen Agrarparteien in Mähren und Schlesien, 1906 auch mit einer ostböhmisches-jungtschechischen Agrarpartei. Diese große Partei war nicht nur mit den wichtigsten genossenschaftlichen Organisationen verbunden, sie gründete auch eine eigene Bank („Agrární banka“). 1907 und 1911 wurde sie zur größten tschechischen Partei⁶⁵. Analoge Prozesse spielten sich auch in der deutschsprachigen Agrarbevölkerung Böhmens ab. Auch hier entstand eine „Deutsche Agrarpartei“ (1905), die liberal und deutschnational orientiert war, dabei pragmatisch und besonnen agierte⁶⁶.

Auch in Mähren war die frühe Phase der landwirtschaftlichen Organisationsbildung von Bezirksvereinen der dortigen (wie in Böhmen ebenfalls altehrwürdigen) „Landwirtschaftsgesellschaft“ ausgegangen. Die tschechische „Nationalpartei“ musste daher in zunehmendem Maße bäuerliche Kandidaten in den Landtag entsenden. Stärker eigenes Profil entwickelte ein oppositioneller tschechischer Bauernverein mit dem Sitz in Olmütz (Olomouc; *Olomouc*), der sich schließlich den Jungtschechen anschloss. Im Prinzip verlief die Entwicklung ähnlich wie in Böhmen, doch erfolgte die organisatorische Verselbstständigung der Bauernparteien deutlich später – bei den Tschechen 1904 („Česká agrární strana pro Moravu a Slezsko“ [Tschechische Agrarpartei für Mähren und Schlesien]), bei den Deutschen sogar erst 1914 („Deutsche Agrarpartei Mährens“) ⁶⁷.

Fasst man die im Band VIII/1 der Reihe „Die Habsburgermonarchie 1848–1918“ bereits detailliert geschilderten Entwicklungen des agrarischen Vereinswesens und bäuerlicher Parteibildungen zusammen, so zeigen sich mehrere typische Züge.

- Erstens setzte die politische Mobilisierung der Bauernschaft eine gewisse Erfahrung im überlokalen Organisieren voraus. Vereine und Genossenschaften, aber auch Gemeindeverwaltung bzw. Bezirksselbstverwaltung waren gute Schulen dafür. „Angelernt“ wurde das bäuerliche Element von Adeligen, bürgerlichen Gutsbesitzern, Herrschaftsverwaltern, landwirtschaftlichen Fachleuten, (Wander-)Lehrern, aber auch lokalen Kaufleuten und Mitgliedern des bürgerlich-bäuerlichen „Zwischenmilieus“

⁶⁵ POKORNÝ, Vereine und Parteien 681 ff.

⁶⁶ EBD. 683 f.; HANS LEMBERG, Die agrarischen Parteien in den böhmischen Ländern und in der Tschechoslowakischen Republik; in: DERS., Mit unbestechlichem Blick ... : Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag, herausgegeben von FERDINAND SEIBT, JÖRG K. HOENSCH, HORST FÖRSTER, FRANZ MACHILEK, MICHAELA MAREK (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 90, München 1998) 232 f.

⁶⁷ Jiří MALÍŘ, Die Parteien in Mähren und Schlesien und ihre Vereine; in: RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1, 720 f.

und Abgeordneten (die selbst Bauern sein konnten, aber nicht mussten). Zuletzt treten dann auch (meist groß-)bäuerliche Parteiführer auf (Antonín Švehla und Alfons Št'astný bei den Tschechen, Josef Schraffl in Tirol, Josef Stöckler in Niederösterreich, Franz Hagenhofer in der Steiermark). Die Zahl bäuerlicher Abgeordneter nimmt auf allen Ebenen zu, wie das etwa für Mähren sehr schön gezeigt werden konnte⁶⁸.

- Zweitens: Die politischen Bildungen der Bauernschaft verblieben fast stets im Rahmen der Länder, oft auch kleinerer Regionen. So war der „Oberösterreichische Bauernverein“ fast nur im Hausruckviertel und im Salzkammergut verankert; ähnlich die liberal-deutschnationalen Bauernparteien der Steiermark, Salzburgs oder Tirols. Selbst eine große Organisation wie die „Tschechische Agrarpartei“ mit dem Zentrum in Böhmen hatte einen zwar mit ihr verbundenen, aber doch recht eigenständigen Ableger in Mähren⁶⁹. Diese eigenständigen politischen Organisationsbildungen lassen sich als „Bauernparteien“ interpretieren. Sie waren zumeist eher liberal orientiert, meist auch in der jeweiligen Nationalbewegung (deutsch, tschechisch usw.) integriert, aber auf die Wahrung der bäuerlichen Interessen bedacht.
- Drittens: Neben eigenständigen Bauern- oder Agrarparteien entwickelten sich starke politische, mit gewissen Parteien verbundene Organisationen der Bauernschaft, so der „Tiroler Bauernbund“ als wichtigste Basis der aufstrebenden Christlichsozialen, ebenso der „Niederösterreichische Bauernbund“. Der katholische „Salzburger Bauernbund“ war im Wesentlichen die Salzburger konservative bzw. christlichsoziale Partei. Mit den steirischen Konservativen verbunden war der katholisch-konservative Bauernverein Hagenhofers.
- Viertens: In Oberösterreich und bei den Slowenen bleiben die Bauern politisch mehrheitlich in einer katholisch-konservativen bzw. (bei den Slowenen) einer katholischen Nationalpartei mit deutlichen sozialen Zügen integriert, ohne eine spezielle bäuerliche politische Organisation auszubilden.
- Fünftens: Dieser Trend zu politischen Organisationen verstärkt wiederum das wirtschaftliche Organisationswesen. Die „Tschechische Agrarpartei“ organisiert Rübenbauern, der „Tiroler Bauernbund“ gründet Raiffeisenkassen und eine Bank, ebenso der steirische „Katholisch-konservative Bauernverein“ Hagenhofers.
- Sechstens: Ungarn war wieder einmal grundlegend anders. Während die traditionellen Landwirtschaftsgesellschaften in den westlichen Ländern entweder verschwanden oder einen grundlegenden Wandel durchmachten, blieb in Ungarn der 1835 aus einem aristokratischen Rennverein hervorgegangene Landesverband der ungarischen Landwirtschaft, der „Országos Magyar Gazdasági Egyesület“ [Ungarischer Landes-Wirtschaftsverein] die dominierende agrarische Organisation⁷⁰. Die eigentliche publizisti-

⁶⁸ EBD. 790 f., Tabellen 14 und 15: Im mährischen Landtag stieg die Zahl der bäuerlichen Abgeordneten auf der tschechischen Seite von 7 (1878) auf 32 (1913), bei den deutschen von 8 (1878) auf 14 (1913).

⁶⁹ EBD. 780.

⁷⁰ Vgl. ANDRÁS VÁRI, Herren und Landwirte. Ungarische Aristokraten und Agrarier auf dem Weg in die Moderne (1821–1910) (= Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Ostmitteleuropas 17, Wiesbaden 2008); DÁNIEL SZABÓ, Die politische Organisierung der ungarischen Gesellschaft im Zeitalter des Dualismus; in: RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1, 1202 f.

sche und organisatorische Arbeit leisteten bürgerliche oder kleinadelige Funktionäre, vielfach Wirtschaftsbeamte der großen Herren. Der Verein hatte Komitatsorganisationen ins Leben gerufen, die selbstständige Vereine waren. Während der Zentralverein von der Hocharistokratie beherrscht war, dominierte in den Regionalvereinen der Komitatsadel. Auch wenn ab den neunziger Jahren zahlreiche Genossenschaften gegründet wurden, dienten diese doch nie einer politischen Mobilisierung der Bauernschaft. Eine eigene Bauernpartei konnte ebenso wenig Bedeutung erlangen wie von Bauern (mit-)beherrschte politische Organisationen. 1896 entstand ein „Magyar Gazdaszövetség“ [Ungarischer Landwirtebund], der zwar stärker konservativ orientiert war, sich aber wieder primär aus großagrarischen Kreisen rekrutierte. Hier wurde auch die Idee einer speziellen Agrarpartei ventiliert, die freilich unausgeführt blieb. Im politischen Klima Ungarns mit seiner Dominanz staatsrechtlicher Programmatiken für die Strukturierung des politischen Systems hatten solche Versuche jedoch wenig Aussicht auf Erfolg. Eine breite organisatorische und politische Mobilisierung der Bauernschaft erfolgte nicht.

Die Rede vom „Bauern-Stand“ ist durchaus mit Bedacht gewählt. Erstens entspricht sie dem zeitgenössischen Gebrauch, zweitens aber bezeichnet dieser Usus zumindest ein bestimmtes Fremd- und nicht selten auch Selbstverständnis der Bauern. „Stand“ hat ein semantisches Umfeld von Stabilität und Beharren, und genau dies sollte ja signalisiert werden, wenn man vom „Stand“ sprach. „Klasse“ dagegen, als zunächst rein statistische Kategorie, meinte zunächst nichts anderes als Menschen einer bestimmten Merkmalsgruppe, in sich beliebig unterteil- und differenzierbar. Natürlich wäre es daher auch möglich, von land- und forstwirtschaftlichen Klassen zu sprechen, von Gutsbesitzern, Gutsbeamten, Arbeitern aller Kategorien, Groß-, und Kleinbauern, Ackerbauern, Viehzüchtern, Wein- und Obstbauern, Waldbauern, Forstarbeitern. Diese Vielfalt der sozialen Positionen, Lebensweisen und Lebenschancen in Umrissen sichtbar zu machen, wurde bereits im Abschnitt zur ländlichen Arbeitswelt versucht. Selbstverständlich meint „Standesbildung“ nun nicht, dass alle diese verschiedenen agrarischen (und forstlichen) sozialen Klassen zu einer einigermaßen einheitlichen Bewusstseins- und Organisationslage kamen. Beim „Bauernstand“ geht es nur um eine, allerdings große, wenngleich auch innerhalb der Agrarbevölkerung minoritäre Gruppe, um jene mittleren und größeren Landwirte, die als wirkliche „Bauern“ galten und der zeitgenössischen Gesellschaftsanalyse als das konservierende, konservative Element gegen die zersetzenden Erscheinungen und Prozesse von Liberalismus und Kapitalismus und damit auch als wichtigster Dammbau gegen den drohenden Sozialismus (als notwendige Folge der kapitalistischen Gesellschaftsveränderung) erschienen. Nur diese waren auch in der Tat einigermaßen stabil organisierbar. Zwar konnten auch Landarbeiter Organisationen gründen, aber großes Gewicht kam ihnen nicht zu, auch eine gewisse Stabilität erreichten sie nur selten (am ehesten die Forstarbeiter in den österreichischen Staatsforsten).